



# BERICHT

des Parlaments  
der Deutschsprachigen Gemeinschaft  
über seine Tätigkeiten während  
der Sitzungsperiode

2018-2019

# INHALT

## **PARLAMENT**

---

FRAKTIONEN

---

MITGLIEDER

---

## **ARBEITSSTRUKTUR**

---

PLENUM

---

PRÄSIDIUM

---

ERWEITERTES PRÄSIDIUM

---

PRÄSIDENT

---

AUSSCHÜSSE

---

## **VERWALTUNG DES PARLAMENTS**

---

EINLEITUNG

---

HAUSHALTSPLAN DES PARLAMENTS

---

VERWALTUNGSPERSONAL

---

## **OMBUDSDIENST**

---

## **REGIERUNG**

---

## **LEGISLATIVE ARBEIT**

---

ALLGEMEINES

---

VERWALTUNGSBESCHLÜSSE UND ARTIKULIEREN VON  
POLITISCHEN MEINUNGEN

---

SITZUNGSPERIODE 2018-2019

---

## **AUSSCHUSSARBEIT**

---

AUSSCHUSS I

---

AUSSCHUSS II

---

AUSSCHUSS III

---

AUSSCHUSS IV

---

AUSSCHUSS V

---

BEHANDLUNG VON GESELLSCHAFTSPOLITISCHEN THEMEN

---

## **REGIERUNGSKONTROLLE**

---

ALLGEMEINES

---

INTERPELLATIONEN

---

BEGRÜNDETE ANTRÄGE

---

FRAGEN

---

THEMENDEBATTEN

---

## **PARLAMENT ALS OFFENES HAUS**

---

PARLAMENTSBIBLIOTHEK

---

VERANSTALTUNGEN

---

BESUCHER UND GÄSTE

---

## **PARLAMENT INTERREGIONAL UND INTERNATIONAL**

---

ZUSAMMENARBEIT DER PARLAMENTS IN BELGIEN

---

INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT VON PARLAMENTEN

---

## **BÜRGERDIALOG**

---

## **ANLAGE 1 - PARLAMENT IN ZAHLEN**

---

## **ANLAGE 2 - 100 JAHRE OSTBELGIEN**

---

# PARLAMENT

## FRAKTIONEN

Im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind sechs politische Parteien und Bewegungen vertreten. Die 25 Abgeordneten wurden am 25. Mai 2014 direkt von den Wählern der Deutschsprachigen Gemeinschaft bestimmt.

### Sitzverteilung: Politische Partei/Bewegung Anzahl Sitze

CSP	7
ProDG	6
SP	4
PFF	4
VIVANT	2
ECOLO	2
Total	25

Die Parlamentsmitglieder haben sich zu Fraktionen zusammengeschlossen. Eine nicht anerkannte Fraktion setzt sich aus zwei Parlamentsmitgliedern und eine anerkannte Fraktion aus mindestens drei Mitgliedern zusammen. Die Bezeichnung als anerkannte oder nicht anerkannte Fraktion beeinflusst die Höhe der Finanzierung der Funktionskosten und wirkt sich in beschränkterem Maße auf das Rede-, Stimm- und Antragsrecht aus.

Anerkannte Fraktionen sind CSP, ProDG, PFF und SP.

Nicht anerkannte Fraktionen sind VIVANT und ECOLO.

### CSP-Fraktion

7 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen | Belgien

T +32 (0)87/31 84 47 | F +32 (0)87/31 84 48

info@csp.pdg.be

<http://www.csp-dg.be/>

Fraktionsvorsitzender: Jérôme Franssen  
jerome.franssen@pdg.be



### ProDG-Fraktion

6 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen | Belgien

T +32 (0)87/31 84 55 | F +32 (0)87/31 84 56

info@prodg.pdg.be

<http://www.prodg.be/>

Fraktionsvorsitzender: Alfons Velz  
alfons.velz@pdg.be



### SP-Fraktion

4 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen | Belgien

T +32 (0)87/31 84 61 | F +32 (0)87/31 84 62

info@sp.pdg.be

<http://www.sp-dg.be/>

Fraktionsvorsitzender: Charles Servaty  
charles.servaty@pdg.be



### PFF-Fraktion

4 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen | Belgien

T +32 (0)87/31 84 67 | F +32 (0)87/31 84 68

info@pff.pdg.be

<http://www.pff.be/>

Fraktionsvorsitzender: Gregor Freches  
gregor.freches@pdg.be



### VIVANT-Fraktion

2 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen | Belgien

T +32 (0)87/31 84 73 | F +32 (0)87/31 84 74

info@vivant.pdg.be

<http://www.vivant-ostbelgien.org/>

Fraktionsvorsitzender: Michael Balter  
michael.balter@pdg.be



### ECOLO-Fraktion

2 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen | Belgien

T +32 (0)87/31 84 77 | F +32 (0)87/31 84 78

info@ecolo.pdg.be

<http://www.ecolodg.be/>

Fraktionsvorsitzender: Freddy Mockel  
freddy.mockel@pdg.be



# MITGLIEDER

Seit Inkrafttreten des Sonderdekrets vom 30. Mai 2016 zur Abänderung des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft sowie des Gesetzes vom 6. Juli 1990 zur Regelung der Modalitäten für die Wahl des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist es Bürgermeistern untersagt, gleichzeitig Abgeordnete im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu sein. Diese Unvereinbarkeit der Mandate hatte im Oktober 2018 Auswirkungen, denn gleich drei Abgeordnete übernahmen nach den Gemeinderatswahlen vom 14. Oktober 2018 lokale Verantwortung und schieden aus dem Parlament aus:

Luc Frank (Kelmis), Herbert Grommes (St.Vith) und Daniel Franzen (Bütgenbach), allesamt Mitglieder der CSP-Fraktion, wurden im Dezember 2018 als Bürgermeister vereidigt. Ihre Nachfolger, Stephanie Pauels, Sandra Houben-Meessen

**Sandra Houben-Meessen**



**Gerd Völl**



**Stephanie Pauels**



und Gerd Völl, wurden am 10. Dezember 2018 als neue Abgeordnete vereidigt.

Auch die Provinzwahlen vom 14. Oktober 2018 hatten unmittelbare Auswirkungen auf die Zusammensetzung

des Parlaments: Yves Derwahl (PFF), Michel Neumann (ECOLO) und Jacques Schrobiltgen (CSP) gehören seither zu den beratenden Mandataren. Alfred Ossemann (SP) behielt sein Mandat durch Wiederwahl.

## Effektive, stimmberechtigte Mandatare

(in alphabetischer Reihenfolge, Stand 01.05.2019)

Vorname	Name	Funktion	Partei
Michael	Balter	Fraktionsvorsitzender	VIVANT
Freddy	Cremer	Abgeordneter	ProDG
Patricia	Creutz-Vilvoye	Abgeordnete	CSP
Jerôme	Franssen	Fraktionsvorsitzender	CSP
Gregor	Freches	Fraktionsvorsitzender	PFF
Christoph	Gentges	Abgeordneter	PFF
Sandra	Houben-Meessen	Abgeordnete	CSP
Evelyn	Jadin	Abgeordnete	PFF
Lydia	Klinkenberg	2. Vizepräsidentin des PDG	ProDG
Patrick	Knops	Abgeordneter	CSP
Karl-Heinz	Lambertz	Gemeinschaftssenator	SP
Alain	Mertes	Abgeordneter	VIVANT
Alexander	Miesen	Präsident des PDG	PFF
Freddy	Mockel	Fraktionsvorsitzender	ECOLO
Robert	Nelles	1. Vizepräsident des PDG	CSP
Kirsten	Neycken-Bartholemy	3. Vizepräsidentin des PDG	SP
Marc	Niessen	Abgeordneter	ECOLO
Stephanie	Pauels	Abgeordnete	CSP
Wolfgang	Reuter	Abgeordneter	ProDG
Petra	Schmitz	1. Sekretärin des PDG	ProDG
Liesa	Scholzen	Abgeordnete	ProDG
Charles	Servaty	Fraktionsvorsitzender	SP
Marcel	Strougmayr	Abgeordneter	SP
Alfons	Velz	Fraktionsvorsitzender	ProDG
Gerd	Völl	Abgeordneter	CSP

## Beratende, nicht stimmberechtigte Mandatare

(in alphabetischer Reihenfolge, Stand 01.05.2019)

Vorname	Name	Funktion	Partei
Pascal	Arimont	Europaabgeordneter	CSP
Jenny	Baltus-Möres	Regionalabgeordnete	PFF
Yves	Derwahl	Provinzialrat	PFF
Katrin	Jadin	Kammerabgeordnete	PFF
Michel	Neumann	Provinzialrat	ECOLO
Alfred	Ossemann	Provinzialrat	SP
Jacques	Schrobiltgen	Provinzialrat	CSP
Edmund	Stoffels	Regionalabgeordneter	SP

# ARBEITSSTRUKTUR



Plenarsitzung am 17. September 2019

Die Parlamentsarbeit spiegelt sich insbesondere in verschiedenen Gremien und Funktionen, deren Aufgaben in der Geschäftsordnung des Parlaments beschrieben werden.

Die wichtigsten Gremien und Funktionen sind:

- das Plenum
- das Präsidium
- das erweiterte Präsidium
- der Parlamentspräsident
- die Ausschüsse

## PLENUM

Die 25 Abgeordneten des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft versammeln sich einmal im Monat zur Plenarsitzung. Besonders intensiv ist die Sitzungstätigkeit im Monat Dezember. Aufgrund der ausführlichen Debatten zum Haushalt finden gleich drei Sitzungen in einer Woche statt.

Die Sitzungsperiode 2018-2019, gleichzeitig die letzte Sitzungsperiode in der Legislatur 2014-2019, war aufgrund des Termins der Wahlen am 26. Mai 2019 kürzer als gewöhnlich. Die letzte Plenarsitzung fand Anfang Mai statt.

17.09.2018  
24.09.2018  
15.10.2018

19.11.2018  
10.12.2018  
11.12.2018  
13.12.2018  
28.01.2019  
25.02.2019  
25.03.2019  
29.04.2019  
06.05.2019

Die wichtigsten Entscheidungen des Plenums betreffen:

- die Wahl und die Kontrolle der Regierung,
- die Verabschiedung von Dekreten (Gesetzen) für die Deutschsprachige Gemeinschaft,
- die jährliche Verabschiedung und Abänderung des Gemeinschaftshaushalts.



Das Präsidium. V.l.n.r.: Patricia Creutz-Vilvoye, Robert Nelles, Kirsten Neycken-Bartholemy, Alexander Miesen, Stephan Thomas, Lydia Klinkenberg, Petra Schmitz

## PRÄSIDIUM

### Aufgaben

Das Präsidium regelt alle administrativen und finanziellen Angelegenheiten des Parlaments, seiner Organe und der Parlamentsverwaltung. Es ernennt das Personal des Parlaments, mit Ausnahme des Greffiers, und legt das Organigramm der Parlamentsverwaltung fest.

Jede anerkannte Fraktion ist im Verhältnis zu ihrer Stärke im Präsidium vertreten. Durch die Neufassung der Geschäftsordnung des Parlaments (Beschluss vom 30. Mai 2016) und in Anwendung von Artikel 23 der Geschäftsordnung wird das Präsidium für die gesamte Dauer der Legislaturperiode gewählt. Die Neubesetzung im Rahmen der neuen Beschlussfassung fand in der ersten Plenarsitzung der Sitzungsperiode 2016-2017, am 19. September 2016, statt.

Vorname	Name	Funktion
Alexander	Miesen	Präsident des PDG
Robert	Nelles	1. Vizepräsident des PDG
Lydia	Klinkenberg	2. Vizepräsidentin des PDG
Kirsten	Neycken-Bartholemy	3. Vizepräsidentin des PDG
Petra	Schmitz	1. Sekretärin des PDG
Herbert	Grommes	2. Sekretär des PDG (bis 04.12.2018)
Patricia	Creutz-Vilvoye	2. Sekretärin des PDG (ab 17.12.2018)

Der Greffier des Parlaments, Stephan Thomas, nimmt an den Sitzungen des Präsidiums teil.

## ERWEITERTES PRÄSIDIUM

Das erweiterte Präsidium setzt sich aus den Präsidiumsmitgliedern, den Fraktionsvorsitzenden und den Ausschussvorsitzenden zusammen.

Das erweiterte Präsidium organisiert insbesondere die Arbeit des Parlaments. Dazu gehören vor allem die Arbeitsplanung der Plenarsitzungen und die entsprechenden Tagesordnungen.

### Fraktionsvorsitzende

Jérôme Franssen	CSP
Alfons Velz	ProDG
Charles Servaty	SP
Gregor Freches	PFF
Michael Balter	VIVANT
Freddy Mockel	ECOLO

An den Sitzungen des Präsidiums und des erweiterten Präsidiums nimmt auch der Greffier des Parlaments mit beratender Stimme teil.

## Ausschussvorsitzende

### Alexander Miesen

Ausschuss I für allgemeine Politik, Petitionen, Finanzen und Zusammenarbeit

### Marcel Strougmayr

Ausschuss II für Kultur, Lokale Behörden, Beschäftigung und Wirtschaftsförderung

### Freddy Cremer

Ausschuss III für Unterricht, Ausbildung und Erwachsenenbildung

### Robert Nelles

Ausschuss IV für Gesundheit und Soziales

### Alexander Miesen

Ausschuss V zur Kontrolle der Wahlausgaben und der Mitteilungen der öffentlichen Behörden der Deutschsprachigen Gemeinschaft

## PRÄSIDENT

Der Präsident leitet die Arbeiten des Parlaments und seiner Organe.

Er leitet die Sitzungen des Plenums und des Präsidiums. Er unterzeichnet die Beschlüsse des Plenums und gewährleistet die weitere Ausführung. Er überwacht die korrekte Einhaltung der Geschäftsordnung.

Er nimmt alle Vorschläge, Entwürfe, Abänderungsvorschläge, Berichte, Fragen, Interpellationen und Anträge entgegen und prüft deren Zulässigkeit.

Der Parlamentspräsident vertritt das Parlament nach außen. Dazu gehört die Teilnahme an Netzwerken wie der CALRE, der Versammlung der europäischen Regionalparlamente mit Gesetzgebungsbefugnis, oder anderen.

## AUSSCHÜSSE

### Allgemeines

Nach der Konstituierung des Parlaments werden die ständigen Ausschüsse eingesetzt, deren Aufgabengebiete festgelegt und die Zusammensetzung bestimmt. Die Ausschüsse werden nach dem System der verhältnismäßigen Vertretung der Fraktionen gebildet, wobei jede anerkannte Fraktion des Parlaments vertreten sein muss.

Die Ausschussarbeit bildet eine wichtige Säule der parlamentarischen Arbeit. In den Parlamentsausschüssen wird die gesetzgeberische Arbeit vorbereitet. Dekretvorlagen werden in kleinem Kreis vorgestellt, analysiert, diskutiert und abgeändert. Dazu holen die Ausschüsse häufig auch die Meinung von Experten, Betroffenen und Interessenvertretern ein. Nach den Beratungen verabschiedet der Ausschuss einen Text, der als Grundlage für die Verabschiedung eines Beschlusses im Plenum dient.

Für die Legislaturperiode 2014-2019 wurden fünf Ausschüsse eingesetzt. Die Arbeitsbereiche der jeweiligen Ausschüsse orientieren sich an den Zuständigkeitsbereichen der vier Regierungsmitglieder. Die Ausschüsse tagen wöchentlich, außer Ausschuss V, der nur bei Bedarf zusammentritt.

Die ständigen Ausschüsse sind:

- Ausschuss I für allgemeine Politik, Petitionen, Finanzen und Zusammenarbeit,
- Ausschuss II für Kultur, lokale Behörden, Beschäftigung und Wirtschaftsförderung,
- Ausschuss III für Unterricht, Ausbildung und Erwachsenenbildung,
- Ausschuss IV für Gesundheit und Soziales,
- Ausschuss V zur Kontrolle der Wahlausgaben und der Mitteilungen der öffentlichen Behörden der Deutschsprachigen Gemeinschaft

# VERWALTUNG DES PARLAMENTS

## EINLEITUNG

Ein Parlament kann nicht ohne administrativen Unterbau funktionieren. Es benötigt Verwaltungsbeamte, die die Sitzungen vorbereiten und betreuen, die Beschlussvorlagen und die dazugehörige Dokumentation aufbereiten, die Abgeordneten bei ihrer Arbeit beraten, alle statutarischen Fragen regeln und die parlamentarische Arbeit in die Öffentlichkeit tragen.

Daneben müssen aber auch das Gebäude, die Sitzungsräume, die Büros und die technische Infrastruktur unterhalten und gepflegt werden.

Gemäß Artikel 26 der Geschäftsordnung regelt das Präsidium alle administrativen und finanziellen Angelegenheiten des Parlaments, seiner Organe und der Parlamentsverwaltung. Auf dieser Grundlage legt es beispielsweise das Organigramm der Parlamentsverwaltung und den jährlichen Haushaltsplan des Parlaments fest.

## HAUSHALTSPLAN DES PARLAMENTS

Die Kosten des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft als gesetzgebende Institution werden mit Mitteln aus dem Gemeinschaftshaushalt und gegebenenfalls aus der parlamentseigenen Reserve bestritten. Das Parlamentspräsidium verabschiedet jährlich einen Haushaltsplan, der die Einnahmen und die Ausgaben für das kommende Jahr auflistet.



## Haushaltsjahr 2018

Im Haushaltsjahr 2018 wurden Einnahmen in Höhe von 6.749.036,60 Euro und Ausgaben in Höhe von 6.964.019,00 Euro verbucht.

Die ursprüngliche Schätzung der Ausgaben lag bei 6.736.000,00 Euro.

Die Einnahmen und Ausgaben im Jahr 2018 können wie folgt aufgeschlüsselt werden:

### EINNAHMEN

06.00	Sonstige Einnahmen	13.733,03
16.11	Verkäufe und Dienstleistungen	3.015,04
26.10	Zinserträge	4,33
46.10	Funktionsdotation	5.505.000,00
66.11	Kapitaldotation	1.227.284,20
<b>Gesamteinnahmen</b>		<b>6.749.036,60</b>

### AUSGABEN

11.11	Gehälter	2.027.237,97
11.12	Andere Gehaltskosten	20.546,29
11.20	Sozialabgaben	271.768,46
11.31	Sozialfonds	36.000,00
11.40	Geldwerte Vorteile	36.391,46
12.11	Allgemeine laufende Ausgaben	1.827.875,79
12.21	Allgemeine Funktionskosten an Dritte innerhalb des öffentlichen Sektors	41.915,51
21.60	Zinsen	442.329,28
33.00	Zuwendungen Fraktionen	1.286.756,78
71.32	Investitionen Gebäude und Gelände	177.788,94
74.22	Vermögensankauf	60.453,64
91.10	Kapitaltilgung auf Anleihen	734.954,88
<b>Gesamtausgaben</b>		<b>6.964.019,00</b>

**SALDO** **-214.982,40**

## Haushaltsjahr 2019

Für das Haushaltsjahr 2019 hat das Präsidium einen ausgeglichenen Haushalt veranschlagt: Die geschätzten Einnahmen und Ausgaben belaufen sich auf jeweils 7.168.000 Euro.

# VERWALTUNGSPERSONAL

Die Mitarbeiter der Parlamentsverwaltung unterstützen das Parlament und seine Organe bei der parlamentarischen Arbeit.

## Organisation der Dienste

An der Spitze der Parlamentsverwaltung steht der Greffier. Er unterzeichnet gemeinsam mit dem Parlamentspräsidenten alle Beschlüsse des Parlaments und des Präsidiums und sorgt für deren Ausführung. Bei seiner Arbeit wird der Greffier durch den Direktionsrat unterstützt, dem er selber und die Dienstleiter angehören.

Greffier: Stephan Thomas

Die Parlamentsverwaltung ist in vier Diensten organisiert:

### Dienst 1: Ausschüsse

Der Dienst „Ausschüsse“ ist im Wesentlichen für die Planung, Durchführung und Betreuung der Sitzungstätigkeiten der ständigen Ausschüsse im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft zuständig.

Dienstleiterin: Eva Johnen

### Dienst 2: Expertise und Publikationen

Der Dienst „Expertise und Publikationen“ zeichnet verantwortlich für die korrekte Erstellung aller Parlamentsdokumente. Gleichzeitig ist der Dienst auch Anlaufstelle für juristische Gutachten, Übersetzungsarbeiten und die sprachliche Prüfung.

Dienstleiterin: Gaby Modard-Girretz

### Dienst 3: Verwaltung

Der Dienst „Verwaltung“ regelt die interne Organisation des Parlaments, betreut die Buchhaltung des Hauses, verwaltet die Finanzmittel sowie die Infrastruktur und regelt alle statutarischen Fragen für Mitarbeiter und Abgeordnete.

Dienstleiter: Daniel Brandt

### Dienst 4: Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation

Der Dienst „Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation“ kommuniziert die Parlamentsarbeit nach außen, betreut Besuchergruppen und organisiert Veranstaltungen. Auch die Parlamentsbibliothek ist dem Dienst angegliedert.

Dienstleiterin: Myriam Pelzer

Durch die Reform der parlamentarischen Arbeitsweise wurden auch die Verwaltungsstruktur und die Aufgabenverteilung nach Diensten angepasst.

## Personalstruktur (Stand 31.05.2019)

Zurzeit arbeiten insgesamt 42 Personen ganz- oder teilzeitig in der Parlamentsverwaltung. Unter Berücksichtigung der Teilzeitanstellungen entspricht dies 36,93 Vollzeitäquivalenten.

Nachfolgend ist die Zusammensetzung des Mitarbeiterstabs nach Ausbildungsgrad, nach administrativem Statut und nach Geschlecht aufgeschlüsselt:

Mitarbeiter pro Stufe	Anzahl
Stufe 1	11,10
Stufe 2+	6,50
Stufe 2	12,50
Stufe 3	6,83
TOTAL	36,93

Mitarbeiter nach Statut	Anzahl
Beamte	28
Vertragliche	13
Senat	1
TOTAL	42

Mitarbeiter nach Geschlecht	Anzahl
Männlich	14
Weiblich	28
TOTAL	42

# OMBUDSDIENST

Vor genau zehn Jahren, am 26. Mai 2009, verabschiedete das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft das Dekret zur Schaffung des Amtes eines Ombudsmannes für die Deutschsprachige Gemeinschaft. Wille der Mandatare war und ist, die Kluft zwischen dem sogenannten „kleinen Mann“ und der „Obrigkeit“ in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu überbrücken.

Eine kostenlose Anlaufstelle wurde im Jahr 2010 geschaffen. Dort hört der Ombudsmann dem Bürger, dem Unternehmer, der Vereinigung aufmerksam zu und versucht zwischen ihm und der Verwaltung zu vermitteln. Betrifft die Klage eine föderale oder wallonische Behörde, leitet der Ombudsmann sie an die zuständige Instanz weiter. Per Dekret vom 25. Januar 2016 erteilten die Parlamentarier dem Ombudsmann drei zusätzliche Aufgaben: Er soll vermitteln, wenn Vorwürfe bestehen gegenüber einer hiesigen Gemeinde, einem ÖSHZ oder einer Einrichtung, die einen Auftrag im Interesse der Deutschsprachigen Gemeinschaft erfüllt. Auch die Rechte der Deutschsprachigen sollen besser geschützt werden, indem der Ombudsmann die hiesigen Personen und Unternehmen rechtlich berät und für sie Beschwerden bei den zuständigen Instanzen einreicht und verfolgt.

Zuletzt soll der Ombudsmann sogenannte Integritätsklagen prüfen. Es handelt sich dabei um Klagen von Mitarbeitern einer Verwaltung, die dort einen Missstand festgestellt und gemeldet haben und nun befürchten, Opfer von Vergeltungsmaßnahmen seitens anderer Mitarbeiter dieser Verwaltung zu werden. Bis Anfang 2017 wurde das Amt des Ombudsmanns von Herrn Cédric Langer wahrgenommen. Seit April

2017 bekleidet Frau Marlene Hardt das Amt der Ombudsfrau.

2018 gingen insgesamt 272 Anfragen bei der Ombudsfrau ein. Dies stellt eine Verdoppelung der Anzahl Anfragen dar, vor allem im Bereich des Schutzes der Rechte der Deutschsprachigen. Sie machen ein Drittel aller Anfragen aus. Die ur-eigentliche Zuständigkeit des Vermittelns zwischen einem Bürger und den hiesigen Behörden stellt ein weiteres Drittel der Anfragen dar. Hier fällt auf, dass die Mehrheit der Beschwerden sich auf die lokalen Behörden beziehen. Das letzte Drittel der Anfragen sind Pensions-, Steuer- oder Behindertenrentenakten. Immer wieder befinden sich darunter komplizierte, grenzüberschreitende Dossiers. Hier achtet die Ombudsfrau auf die vollständige und zeitnahe Übermittlung der Beschwerden an die zuständigen Behörden.

Neben der alltäglichen Arbeit setzte die Ombudsfrau die im Mai 2018 in Kraft getretene EU-Datenschutzgrundverordnung um. Außerdem erstellte sie ein Faltblatt, das sie im April 2019 in alle Haushalte im Süden der Deutschsprachigen Gemeinschaft verteilte. Die Verteilung des Faltblattes in alle Haushalte im Norden der Deutschsprachigen Gemeinschaft steht in der zweiten Hälfte des Jahres 2019 an. Im September 2018 schloss die Ombudsfrau mit dem Präsidenten der Ständigen Sprachenkontrollkommission ein Zusammenarbeitsabkommen. Ziel des Abkommens ist eine vereinfachtere und schnelle Bearbeitung der Klagen. Im Herbst 2018 absolvierte die Ombudsfrau eine Grundausbildung in Mediation. Diese Vermittlungstechnik konnte inzwischen schon mehrfach eingesetzt werden.

Durch die Verdoppelung der Anzahl Anfragen im Jahr 2018 ist ein Rückstand vor allem bei der Bearbeitung der klassischen Vermittlungsakten entstanden. Aus diesem Grund erhöhte das Präsidium des Parlaments die Anzahl Stunden der Ombudsfrau auf 0,8 VZÄ sowie ihrer freien Mitarbeiterin auf 0,3 VZÄ. Ein zweiter Grund für die Aufstockung des personellen Rahmens war das vermutete Aufkommen von Beschwerden bezüglich des Kindergeldes – eine Zuständigkeit, die die Deutschsprachige Gemeinschaft seit 2019 übernommen hat.



**Marlene Hardt**

# REGIERUNG



Die Regierung besteht aus vier Mitgliedern: dem Ministerpräsidenten und drei Ministern. Die Regierung wird nicht vom Volk gewählt, sondern vom Parlament. Das Parlament hat zur Aufgabe, stellvertretend für die Bevölkerung, die Arbeit der Regierung zu kontrollieren. Die Regierungsmitglieder legen ihren Eid vor dem Parlamentspräsidenten ab.

Das parlamentarisch-demokratische System der Gewaltenteilung ist ein System des gegenseitigen Überprüfens und des Ausgleichs. Weder die Exekutiv- noch die Legislativgewalt können die großen politischen Linien der Gemeinschaft ohne die Mitwirkung der jeweils anderen Gewalt festlegen. Die Regierung legt zu Beginn ihrer Tätigkeit ein Arbeitsprogramm vor, das sie umsetzen möchte. Für viele Maßnahmen dieses Programms

sind Dekrete als gesetzliche Grundlage notwendig. Hier ist die Regierung auf die enge Zusammenarbeit mit dem Parlament angewiesen.

**Oliver Paasch (ProDG)**, Ministerpräsident

**Isabelle Weykmans (PFF)**, Vize-Ministerpräsidentin, Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus

**Antonios Antoniadis (SP)**, Minister für Familie, Gesundheit und Soziales

**Harald Mollers (ProDG)**, Minister für Bildung und wissenschaftliche Forschung

# LEGISLATIVE ARBEIT

## ALLGEMEINES

Die gesetzgeberische Tätigkeit ist die Kernaufgabe des Parlaments, die sich im Wesentlichen in der Verabschiedung von sogenannten „Dekreten“ niederschlägt. Dekrete sind Gemeinschaftsgesetze. Das Parlament legt darin Regeln in Bezug auf die Zuständigkeitsbereiche der Deutschsprachigen Gemeinschaft fest.

Im Zuge der sechsten Staatsreform sind die Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft weiter ausgedehnt worden. Dabei wurden vor allem Befugnisse in Sachen Gesundheits- und Sozialpolitik vom Föderalstaat an die Deutschsprachige Gemeinschaft übertragen. Die Wallonische Region übertrug der Deutschsprachigen Gemeinschaft Befugnisse in Sachen Gemeinden und Tourismus.

### Gemeinschaftszuständigkeiten

#### **Auszug aus der Belgischen Verfassung:**

**Art. 130 – §1 –** Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft regelt durch Dekret:

1. die kulturellen Angelegenheiten;
2. die personenbezogenen Angelegenheiten;
3. das Unterrichtswesen in den in Artikel 127 §1 Absatz 1 Nummer 2 bestimmten Grenzen;
4. die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinschaften sowie die internationale Zusammenarbeit, einschließlich des Abschlusses von Verträgen, in den unter den Nummern 1, 2 und 3 erwähnten Angelegenheiten;
5. den Gebrauch der Sprachen für den Unterricht in den von den öffentlichen Behörden geschaffenen, bezuschussten oder anerkannten Einrichtungen.

Das Gesetz legt die unter den Nummern 1 und 2 erwähnten kulturellen und personenbezogenen Angelegenheiten fest sowie die unter Nummer 4 erwähnten Formen der Zusammenarbeit und die Art und Weise, wie die Verträge abgeschlossen werden.

§2 – Diese Dekrete haben Gesetzeskraft im deutschen Sprachgebiet.

### Als kulturelle Angelegenheiten zählen:

- der Schutz und die Veranschaulichung der Sprache,
- die Förderung der Ausbildung von Forschern,
- die schönen Künste,
- das Kulturerbe, Museen und sonstige wissenschaftlich-kulturelle Einrichtungen,
- Bibliotheken, Diskotheken und ähnliche Dienste,
- Rundfunk und Fernsehen sowie die Unterstützung der Schriftpresse,
- die inhaltlichen und technischen Aspekte der audiovisuellen und auditiven Mediendienste,
- die Jugendpolitik,
- die ständige Weiterbildung und die kulturelle Animation,
- die Leibeserziehung, der Sport und das Leben im Freien,
- die Freizeitgestaltung,
- die vorschulische Ausbildung in den Verwahrschulen,
- die nachschulische und neben schulische Ausbildung,
- die Kunstausbildung,
- die intellektuelle, moralische und soziale Ausbildung,
- die Förderung des sozialen Aufstiegs,
- die berufliche Umschulung und Fortbildung,
- Systeme dualer Ausbildung, in denen eine praktische Ausbildung am Arbeitsplatz im Wechsel durch eine Ausbildung in einer Bildungs- oder Ausbildungseinrichtung ergänzt wird.

### Das Unterrichtswesen umfasst:

- die Organisation des Unterrichts (alle Stufen und Netze),
- die Festlegung der Unterrichtsinhalte und die Ausgabe von Diplomen,
- die Pädagogik,
- das Dienstrecht des Personals,
- die Finanzierung des Unterrichtswesens,
- die Schulinfrastruktur und den Schülertransport,
- den Sprachengebrauch im Unterricht,
- die wissenschaftliche Forschung.

### Personenbezogene Angelegenheiten sind:

die Gesundheitspolitik, nämlich

- die Pflegeleistung innerhalb und außerhalb von Pflegeanstalten, einschließlich der Finanzierung von Bau-, Renovierungs- und Unterhaltsarbeiten der Krankenhäuser sowie der Finanzierung des schweren medizinischen Geräts,
- die geistige Gesundheitspflege in anderen Pflegeanstalten als Krankenhäusern,
- die Pflegeleistung in Altenheimen, einschließlich vereinzelter Geriatriedienste,
- die Pflegeleistung in vereinzelt spezialisierten Rehabilitations- und Behandlungsdiensten,
- die Langzeitrehabilitation (*long term care*),
- die Organisation der primären Gesundheitspflege und die Unterstützung der Berufe im Bereich der primären Gesundheitspflege,

- die Zulassung und das Kontingent der Gesundheitspflegeberufe,
- die Gesundheitserziehung und die Tätigkeiten und Dienstleistungen im Bereich der Präventivmedizin,

der Personenbeistand, darunter

- die Familienpolitik einschließlich aller Formen von Hilfe und Unterstützung für Familien und Kinder,
- die Auszahlung von Familienleistungen (Kindergeld, Geburtsprämien und Adoptionsprämien),
- die Sozialhilfepolitik einschließlich der grundlegenden Rechtsvorschriften über die öffentlichen Sozialhilfezentren,
- die Aufnahme- und Integrationspolitik gegenüber Einwanderern,
- die Behindertenpolitik einschließlich der beruflichen Ausbildung, Umschulung und Fortbildung der Behinderten und die Mobilitätshilfsmittel,
- die Seniorenpolitik,
- der Jugendschutz einschließlich des sozialen Schutzes und des gerichtlichen Schutzes und der Maßnahmen für straffällige Jugendliche,
- die Sozialhilfe für Gefangene im Hinblick auf ihre soziale Wiedereingliederung,
- die Organisation, die Arbeitsweise und die Aufgaben der Justizhäuser und des Dienstes, der für die Durchführung und die Weiterverfolgung der elektronischen Überwachung zuständig ist,
- der erste juristische Beistand,
- die Filmkontrolle im Hinblick auf den Zutritt Minderjähriger zu Kinosaal.

### Als auswärtige Beziehungen gelten:

- die Aushandlung, der Abschluss und die Billigung von innerbelgischen und internationalen Kooperationsabkommen und Verträgen in den Zuständigkeitsbereichen der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
- die Umsetzung von EU-Politik und Völkerrecht.

Durch die sechste Staatsreform erhielt die Deutschsprachige Gemeinschaft auch die konstitutive Autonomie, d. h. die Deutschsprachige Gemeinschaft kann selbst über bestimmte Aspekte der Organisation und Funktionsweise von Parlament und Regierung (z. B. die Anzahl Minister und Parlamentarier) sowie über gewisse Punkte der Gemeinschaftswahlen (z. B. die Wahlkreise und die Regelung der Übertragung der Listenstimmen bei der Sitzverteilung) entscheiden.

### Regionale Zuständigkeiten

#### *Auszug aus der Belgischen Verfassung:*

**Art. 139** – Auf Vorschlag ihrer jeweiligen Regierung können das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft und das Parlament der Wallonischen Region in gegenseitigem Einvernehmen und jedes durch Dekret beschließen, dass das Parlament und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft im deutschen Sprachgebiet Befugnisse der Wallonischen Region ganz oder teilweise ausüben.

Diese Befugnisse werden je nach Fall im Wege von Dekreten, Erlassen oder Verordnungen ausgeübt.

Die Übertragung der Ausübung von regionalen Zuständigkeiten, so wie sie in Artikel 139 der Verfassung vorgesehen ist, wurde bisher fünfmal per Dekret vollzogen.

## VERWALTUNGSBESCHLÜSSE UND ARTIKULIEREN VON POLITISCHEN MEINUNGEN

Neben der rein legislativen Arbeit verabschiedet das Parlament auch andere Beschlüsse, die im Wesentlichen auf dieselbe Art und Weise wie Dekrete vorbereitet, besprochen und verabschiedet werden. Dabei handelt es sich zum einen um interne Beschlüsse zur Organisation der parlamentarischen Arbeit und zur Regelung des Statuts der Abgeordneten und der Verwaltungsmitarbeiter. Zum anderen verabschie-

det das Parlament Resolutionen und Stellungnahmen, die politische Aussagen, Aufforderungen, Empfehlungen, Absichten oder Ähnliches enthalten und nicht rechtsverbindlich sind.

- Denkmal- und Landschaftsschutz (1994) sowie Ausgrabungen (1999)
- Beschäftigungspolitik (1999 und 2015)
- Regelung, Organisation und Finanzierung der kommunalen und intrakommunalen Einrichtungen des deutschen Sprachgebiets sowie der Kirchenfabriken und Einrichtungen zur Verwaltung der weltlichen Güter der anerkannten Kulte, der Bestattungen und Grabstätten (2004, 2009 und 2014)
- Tourismus (durch Rückübertragung nach der sechsten Staatsreform (2014))

In der Sitzungsperiode 2018-2019 wurden weitere Zuständigkeiten übertragen:

- Raumordnung (Dekret vom 30. April 2019 – Dokument 289 / Wallonisches Dekret vom 3. Mai 2019)
- Wohnungswesen (Dekret vom 30. April 2019 – Dokument 290 / Wallonisches Dekret vom 30. April 2019)
- Energie (Dekret vom 30. April 2019 – Dokument 231 / Wallonische Dekret vom 3. Mai 2019)

Schließlich gibt das Parlament Gutachten zu föderalen Gesetzesinitiativen ab, die sich auf das Autonomiestatut und die Sprachengesetzgebung beziehen.

## SITZUNGSPERIODE 2018-2019

Die Sitzungsperiode 2018-2019 begann am 17. September 2018 mit der ersten Plenarsitzung.

Das Parlament tagte 2018-2019 zwölfmal im Plenum und verabschiedete 8 Beschlüsse, 5 Haushaltsdekrete, 11 Dekrete, 25 Zustimmungsdokumente (10 Dekrete zur Zustimmung zu Kooperationsabkommen/15 Dekrete zur Billi-

gung von internationalen Verträgen) und 6 Resolutionen – traf also insgesamt 55 Entscheidungen.

Von besonderer Bedeutung sind wie üblich die **Dokumente** in den Zuständigkeitsbereichen der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Datum Verabschiedung	Titel	Dok.-Nr.
15.10.2018	Dekret über die individuelle und öffentliche elektronische Kommunikation der Behörden des deutschen Sprachgebiets	247
11.12.2018	Programmdekret 2018 (II)	258
13.12.2018	Dekret über die Angebote für Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf sowie über die Palliativpflege	257
25.02.2019	Dekret zur Abänderung des Dekrets vom 16. Juni 2008 zur Festlegung von Kernkompetenzen und Rahmenplänen im Unterrichtswesen	265
25.02.2019	Dekret zur Anerkennung der Deutschen Gebärdensprache	274
25.02.2019	Dekret zur Einführung eines permanenten Bürgerdialogs in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	284
29.04.2019	Dekret über die Ausübung der Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich der Raumordnung und gewisser verbundener Bereiche durch die Deutschsprachige Gemeinschaft	289
29.04.2019	Dekret über die Ausübung der Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich des Wohnungswesens durch die Deutschsprachige Gemeinschaft	290
29.04.2019	Dekret über die Ausübung gewisser Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich der Energie durch die Deutschsprachige Gemeinschaft	291
29.04.2019	Dekret zur Abänderung des Dekrets vom 16. Juni 2008 zur Festlegung von Kernkompetenzen und Rahmenplänen im Unterrichtswesen	285
06.05.2019	Dekret über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2019	292

Mit 6 **Resolutionen** hat sich das Parlament an andere Instanzen gewandt, um Forderungen nachhaltig Gehör zu verschaffen:

Datum Verabschiedung	Titel	Dok.-Nr.
19.11.2018	Resolution an die Föderalregierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Hinblick auf die Verbesserung des Statuts der freiwilligen Feuerwehr sowie zur Einführung einer Kadettenschule auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft	254
19.11.2018	Resolution zur Klimapolitik Belgiens	263
25.03.2019	Resolution an die Föderalregierung und an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Verbesserung der inländischen medizinischen Gesundheitsversorgung in deutscher Sprache und der Zukunft eines erleichterten Zugangs zur grenzüberschreitenden medizinischen Gesundheitsversorgung im belgisch-deutschen Grenzgebiet	235
25.03.2019	Resolution an die Föderalregierung, an das Föderale Parlament, an das Wallonische Parlament, an die Wallonische Regierung und an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Bezug auf die garantierte Vertretung der Bevölkerung des deutschen Sprachgebiets in den Parlamenten, die Zuständigkeiten im deutschen Sprachgebiet ausüben	288
29.04.2019	Resolution an die Föderalregierung, an das föderale Parlament, an die Wallonische Regierung, an das Wallonische Parlament und an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Stellung der deutschen Sprache in Belgien unter besonderer Berücksichtigung des Sprachgebrauchs in Verwaltungsangelegenheiten	296
06.05.2019	Resolution an die Föderalregierung, an das Föderale Parlament, an die Wallonische Regierung, an das Wallonische Parlament und an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Autonomieentwicklung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in der belgischen Staatsstruktur	297

Äußerst zahlreich sind wie üblich die **Billigung- und Zustimmungsdekrete**, die dem Parlament vorgelegt und von diesem im Rahmen seiner internationalen Zuständigkeiten verabschiedet werden.

Datum Verabschiedung	Titel	Dok.-Nr.
17.09.2018	Dekret zur Zustimmung zu dem Beitrittsprotokoll zum Handelsübereinkommen zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits sowie Kolumbien und Peru andererseits betreffend den Beitritt Ecuadors, geschehen zu Brüssel am 11. November 2016	215
17.09.2018	Dekret zur Zustimmung zu dem Protokoll zur Änderung des am 24. Juni 1970 in Brüssel unterzeichneten Abkommens zwischen Belgien und Irland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerhinterziehung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen, geschehen zu Luxemburg am 14. April 2014	245
17.09.2018	Dekret zur Zustimmung zu dem Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und dem Königreich der Niederlande, für Aruba, über den Informationsaustausch in Steuersachen, geschehen zu Den Haag am 24. April 2014	246
15.10.2018	Dekret zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 29. Dezember 2017 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Erhöhung der Grenzbeträge der Einkünfte und der Befreiung der Einkünfte aus einer Erwerbstätigkeit aufgrund eines Studentenvertrags für Studenten, die sich in einer dualen Ausbildung befinden oder die durch einen Lehrvertrag gebunden sind	250
15.10.2018	Dekret zur Zustimmung zu der Vereinbarung zwischen dem Königreich Belgien und der Nordatlantischen Vertragsorganisation bezüglich der Rechtsstellung einiger Personalkategorien der NATO-Agenturen, die sich in dem Hoheitsgebiet des Königreichs Belgien befinden, geschehen zu Brüssel am 20. Mai 2016	251
19.11.2018	Dekret zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 6. September 2017 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Angliederungsfaktoren, der Verwaltung der Altlasten, des Datenaustauschs im Bereich der Familienleistungen und der Bedingungen für die Zuständigkeitsübertragung zwischen den Kindergeldkassen	255
19.11.2018	Dekret zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 30. Mai 2018 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Schaffung eines interregionalen Organs für die Familienleistungen	259
19.11.2018	Dekret zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 12. Juli 2018 zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Bearbeitung der Regularisierungen im Bereich der Familienleistungen	260
19.11.2018	Dekret zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 30. Mai 2018 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Aufteilung der Rücklagen der gemäß dem AFBG anerkannten freien Kindergeldkassen zum Zeitpunkt der Übernahme der Verwaltung und der Zahlung des Kindergeldes durch eine Gebietskörperschaft	261
11.12.2018	Dekret zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 30. Mai 2018 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Umsetzung innerhalb der Gesetzgebung der Familienleistungen der Richtlinie 2009/50/EG des Rates vom 25. Mai 2009 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt für Drittstaatsangehörige zur Ausübung einer hochqualifizierten Beschäftigung, der Richtlinie 2014/66/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen im Rahmen eines unternehmensinternen Transfers und der Richtlinie (EU) 2016/801 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zu Forschungs- oder Studienzwecken, zur Absolvierung eines Praktikums, zur Teilnahme an einem Freiwilligendienst, Schüleraustauschprogrammen oder Bildungsvorhaben und zur Ausübung einer Au-pair-Tätigkeit	264
28.01.2019	Dekret zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 20. Juli 2017 zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Wallonischen Region zur Ermächtigung der wallonischen Erwerbskomitees, Rechtsgeschäfte in Immobilienangelegenheiten im Namen und für die Rechnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der von ihr abhängenden Körperschaften durchzuführen	266
28.01.2019	Dekret zur Zustimmung zu dem Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Argentinien über die Erwerbstätigkeit von den Familienmitgliedern zu Lasten des Personals der diplomatischen Missionen und konsularischen Posten, geschehen zu Brüssel am 20. April 2017	267

28.01.2019	Dekret zur Zustimmung zu dem Rahmenabkommen zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Australien andererseits, geschehen zu Manila am 7. August 2017	268
28.01.2019	Dekret zur Genehmigung des Übereinkommens zur Gründung der Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank samt Entschließung, geschehen zu Peking am 29. Juni 2015	270
28.01.2019	Dekret zur Zustimmung zu dem Protokoll über die Vorrechte und Immunitäten des einheitlichen Patentgerichts, geschehen zu Brüssel am 29. Juni 2016	271
25.02.2019	Dekret zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 31. Dezember 2018 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Französischen Gemeinschaftskommission in Brüssel, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission in Brüssel und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über Mobilitätshilfen	276
25.02.2019	Dekret zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 31. Dezember 2018 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Französischen Gemeinschaft, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission, der Französischen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Finanzierung der Pflege bei Inanspruchnahme von Pflegediensten über die Grenzen des Teilstaates hinaus	277
25.02.2019	Dekret zur Zustimmung zu dem Zusatzabkommen zum Übereinkommen zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation vom 30. Mai 1975 zwischen dem Königreich Belgien und der Europäischen Weltraumorganisation über die Vorrechte und Immunitäten der Europäischen Weltraumorganisation in Belgien, geschehen zu Brüssel am 24. Mai 2017	278
25.02.2019	Dekret zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 31. August 2018 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Koordinierung von Frequenzen im Rundfunkbereich im 87,5-108 MHz-Band gemäß Artikel 17 des Gesetzes vom 13. Juni 2005 über die elektronische Kommunikation	280
25.02.2019	Dekret zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 25. Januar 2019 zwischen der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Zurverfügungstellung der Radiofrequenzen im Band 87,5-108 MHz	281
25.02.2019	Dekret zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 25. Januar 2019 zwischen der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Zurverfügungstellung der FM-Frequenz Lüttich 88,5 MHz	282
25.02.2019	Dekret zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 21. Dezember 2018 zwischen der Flämischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über den Gebrauch der FM-Frequenz Brussegem 95,2 MHz	283
29.04.2019	Dekret zur Billigung des Kooperationsabkommens vom 30. Januar 2019 zwischen dem Föderalstaat, den Gemeinschaften und den Regionen über die Prävention und das Management der Einbringung und Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten	286
29.04.2019	Dekret zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 15. Februar 2019 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der gemeinsamen Gemeinschaftskommission Brüssel-Hauptstadt über die Einstufung der in den belgischen Kinosälen gezeigten Filme	287
06.05.2019	Dekret zur Zustimmung zu dem multilateralen Übereinkommen zur Umsetzung steuerabkommensbezogener Maßnahmen zur Verhinderung der Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung, geschehen zu Paris am 24. November 2016	298

Von der Verabschiedung des Haushalts des darauffolgenden Jahres über Anpassungen im laufenden Haushaltjahr bis zur Feststellung der Abrechnung des Haushalts von vor zwei Jahren ist alles dabei. Die **Haushaltsdekrete** spielen in jeder Sitzungsperiode eine wichtige Rolle, da sie die Politik in allen Zuständigkeitsbereichen widerspiegeln.

Datum Verabschiedung	Titel	Dok.-Nr.
13.12.2018	Dekret zur dritten Anpassung des Dekrets vom 15. Dezember 2016 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2017	5-3-HH2017
13.12.2018	Dekret zur endgültigen Abrechnung des Rechnungsjahres der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2017	6-HH2017
13.12.2018	Dekret zur zweiten Anpassung des Dekrets vom 14. Dezember 2017 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2018	5-2-HH2018

13.12.2018	Dekret zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2019	4-HH2019
06.05.2019	Dekret zur ersten Anpassung des Dekrets vom 13. Dezember 2018 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2019	5-1-HH2019

Neben Gesetzgebungen verschiedenster Art verabschiedet das Parlament auch **Beschlüsse**, meist Bezeichnungen von Personen in bestimmte Funktionen oder interne organisatorische Fragen.

Datum Verabschiedung	Titel	Dok.-Nr.
17.09.2018	Beschluss zur Ernennung der Mitglieder der Beschwerdekommision zur Prüfung von Beschwerden gegen die Gültigkeit der Gemeinderatswahlen vom 14. Oktober 2018	252
17.09.2018	Beschluss zur Bezeichnung von effektiven und stellvertretenden Mitgliedern des Sachverständigenkollegiums im Hinblick auf die Kontrolle der Wahlausgaben und des Ursprungs der Geldmittel im Rahmen der Gemeinderatswahlen vom 14. Oktober 2018	253
24.09.2018	Beschluss zur Abänderung des Beschlusses vom 30. Mai 2016 zur Neufassung der Geschäftsordnung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Bezug auf den Kontrollausschuss	248
11.12.2018	Beschluss zur Festlegung des Bezeichnungsverfahrens der Vertreter der Deutschsprachigen Gemeinschaft in der Versammlung des Europäischen Verbundes für territoriale Zusammenarbeit „Euregio Maas-Rhein“	256
11.12.2018	Beschluss zur Bezeichnung der vom Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft bestimmten Vertreter in der Versammlung des Europäischen Verbundes für territoriale Zusammenarbeit „Euregio Maas-Rhein“	272
13.12.2018	Beschluss zur Ermächtigung des Ausschusses I für allgemeine Politik, Petitionen, Finanzen und Zusammenarbeit, in dringenden Fällen im Namen des Parlaments Stellungnahmen oder Vorschläge zu Fragen der Stellung der Deutschsprachigen Gemeinschaft im belgischen Staatsgefüge zu verabschieden und zu verbreiten	273
28.01.2019	Beschluss zur Abänderung des Parlamentsbeschlusses vom 3. November 2014 bezüglich der finanziellen und materiellen Unterstützung der anerkannten Fraktionen, der nicht anerkannten Fraktionen sowie der Fraktionslosen	275
25.03.2019	Invorschlagbringung der Kandidaten für die Ständige Sprachenkontrollkommission	227

# AUSSCHUSSARBEIT

Die Fachausschüsse im Parlament beschäftigen sich mit vielfältigen Themen. Die Parlamentsbeschlüsse werden in den Sitzungen der Ausschüsse vorbereitet. Hinter verschlossener Tür werden Meinungen ausgetauscht, Fragen gestellt und Sachverständige angehört.

In öffentlicher Sitzung findet monatlich die Regierungskontrolle statt. Aktuelle Fragen und Interpellationen werden diskutiert. Diese Sitzungen werden im Livestream ausgestrahlt und sind auf der Website des Parlaments einsehbar.

Neben der Gesetzgebungs- und Kontrollarbeit behandeln die Ausschüsse im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeitsbereiche verstärkt gesellschaftspolitisch relevante Themen, beziehen in dieser Hinsicht die Zivilgesellschaft und die Bürger ein und sorgen für eine entsprechende Berichterstattung.

## AUSSCHUSS I

### FÜR ALLGEMEINE POLITIK, PETITIONEN, FINANZEN UND ZUSAMMENARBEIT

#### Rückblick

Alm Sitzungsjahr 2018-2019 bestimmte vor allem die intensive Fortführung der Untersuchungen zur Entwicklung der föderalen Staatsstruktur sowie zum Autonomieausbau der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Arbeiten des Ausschusses. Die systematische Auseinandersetzung mit dieser Thematik war während der gesamten Legislatur ein Schwerpunkt. Dabei stand die Vertiefung der in der Grundsatzklärung des Parlaments vom 27. Juni 2011 gemachten Aussage „... bereit, gewillt und in der Lage, mit angemessenen Finanzmitteln oder Finanzierungsmöglichkeiten alle Zuständigkeiten zu übernehmen, die den Gliedstaaten übertragen wurden bzw. in Zukunft übertragen werden“ im Mittelpunkt. So analysierte der Ausschuss die Möglichkeit der weiteren Verlagerung von Zuständigkeiten von der föderalen Ebene im Zuge einer nächsten Staatsreform. Unter Hinzuziehung externer Expertise untersuchte man die regionalen Zuständigkeiten, die der Deutschsprachige Gemeinschaft noch nicht übertragen wurden, so-

wie die Bedeutung der „Angemessenheit“ von Finanzmitteln oder Finanzierungsmöglichkeiten. Darüber hinaus bearbeitete der Ausschuss zwei weiteren Themen, die eng mit der Stellung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bzw. ihrer Bevölkerung verknüpft sind: die garantierte Vertretung der Bevölkerung des deutschen Sprachgebiets sowie der Gebrauch der deutschen Sprache in Belgien. Ergänzt wurden die Analysen des Ausschusses wiederum durch ein Kolloquium, das sich – als fünfte Konferenz zu Autonomie und Staatsreform in dieser Legislatur – mit der Autonomie der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Vergleich zu drei weiteren Regionen auseinandersetzte, deren Schicksal eng mit den Pariser Friedensverträgen von 1919 verknüpft ist. Die Schlussfolgerungen, die der Ausschuss aus seinen Arbeiten zog, brachte er in drei Resolutionsvorschläge ein, die bei den Tätigkeiten hierunter aufgelistet sind. Ausführliche Ausschussberichte sowie die zu den Kolloquien veröffentlichten Bände der Schriftenreihe der Deutschsprachigen Gemeinschaft geben Auskunft über die Arbeiten,

sodass in der nächsten Legislatur daran angeknüpft werden kann. Schließlich nahm der Ausschuss auch zur Revidierbarkeitserklärung der Verfassung seitens der Abgeordnetenkammer Stellung und beriet über die Übertragung von Zuständigkeiten im Energiebereich von der Walлонischen Region an die Deutschsprachige Gemeinschaft.

Das Beschwerdemanagement in der Deutschsprachigen Gemeinschaft bildete einen weiteren Schwerpunkt der Ausschussarbeiten 2018-2019. Mit der thematischen Auseinandersetzung hatte der Ausschuss ebenfalls bereits in den vergangenen Sitzungsperioden begonnen. Im Berichtszeitraum beriet er über die aus den Analysen zu ziehenden Schlussfolgerungen – insbesondere, ob das Beschwerdemanagement für alle Öffentlichen Dienste der Deutschsprachigen Gemeinschaft verankert werden sollte. Man entschied sich im Sinne einer dem Ombudsverfahren vorgeschalteten „ersten Linie“ dafür und arbeitete einen Dekretvorschlag aus, der darauf ausgerichtet ist, möglichst keine neue Bürokratie zu schaffen –

gleichzeitig dem Bürger aber gewisse Garantien in Bezug auf Minimalanforderungen an die Bearbeitung etwaiger Beschwerden über Verwaltungshandeln zu geben. Allen betroffenen Einrichtungen sowie der Ombudsfrau wurde bei einer Anhörung Gelegenheit geboten, sich zu dem Vorschlag zu äußern. Der Ausschuss entschied sich, im Hinblick auf eine gründliche Auseinandersetzung mit den gemachten Bemerkungen, die weitere Beratung des Vorschlags auf die kommende Legislatur zu vertagen. Die Arbeiten der aktuellen Legislatur werden in einem Zwischenbericht zum Dekretvorschlag nachzulesen sein.

Schließlich war die Federführung bei den Haushaltsberatungen – sowohl bei der Festlegung, den Anpassungen und der endgültigen Abrechnung des Haushalts der Deutschsprachigen Gemeinschaft – ein wiederkehrender, fester Bestandteil der Ausschussarbeiten. Weitere Arbeiten des Ausschusses sind in der Rubrik „Gesellschaftspolitische Themen“ aufgeführt sowie an den hierunter aufgelisteten Tätigkeiten ablesbar.

## **Tätigkeiten von Ausschuss I für allgemeine Politik, Petitionen, Finanzen und Zusammenarbeit in der Sitzungsperiode 2018-2019**

### **Dekretentwürfe zum Haushalt**

- Dekretentwurf zur dritten Anpassung des Dekrets vom 15. Dezember 2016 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2017 – Dokument 5-3-HH2017 (2018-2019)
- Dekretentwurf zur endgültigen Abrechnung des Rechnungsjahres der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2017 – Dokument 6-HH2017 (2018-2019)
- Dekretentwurf zur zweiten An-

passung des Dekrets vom 14. Dezember 2017 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2018 – Dokument 5-2-HH2018 (2018-2019)

- Dekretentwurf zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2019 – Dokument 4-HH 2019 (2018-2019)
- Dekretentwurf zur ersten Anpassung des Dekrets vom 13. Dezember 2018 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2019 – Dokument 5-1-HH2019 (2018-2019)

### **Staatsreform und Autonomieentwicklung**

- Resolutionsvorschlag an die Föderalregierung, an das Föderale Parlament, an die Wallonische Regierung und an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Bezug auf die garantierte Vertretung der Bevölkerung des deutschen Sprachgebiets in den Parlamenten, die Zuständigkeiten im deutschen Sprachgebiet ausüben – Dokument 288 (2018-2019)
- Dekretentwurf über die Ausübung gewisser Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich der Energie durch die Deutschsprachige Gemeinschaft – Dokument 291 (2018-2019)
- Stellungnahme des Ausschusses zur Revidierbarkeitserklärung der Verfassung – Dokument 295 (2018-2019)
- Resolutionsvorschlag an die Föderalregierung, an das föderale Parlament, an die Wallonische Regierung, an das Wallonische Parlament und an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft

zur Stellung der deutschen Sprache in Belgien unter besonderer Berücksichtigung des Sprachengebrauchs in Verwaltungsangelegenheiten – Dokument 296 (2018-2019)

- Resolutionsvorschlag an die Föderalregierung, an das Föderale Parlament, an die Wallonische Regierung, an das Wallonische Parlament und an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Autonomieentwicklung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in der belgischen Staatsstruktur – Dokument 297 (2018-2019)

### **Innerbelgische Zusammenarbeit**

- Evaluierungsbericht über die Zusammenarbeit zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Jahre 2016-2017 und das Kooperationsprogramm für das Jahr 2018, erstellt unter Anwendung von Artikel 17 des Kooperationsabkommens vom 26. November 1998, abgeändert durch das Kooperationsabkommen vom 3. Juli 2008 – Dokument 38 (2018-2019)
- Bericht der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Zusammenarbeit mit Flandern während der Jahre 2016-2018 – Auswertung des Programms der Jahre 2016, 2017 und 2018 und Entwurf des Programms der Jahre 2019, 2020 und 2021 in Ausführung des Zusammenarbeitsabkommens zwischen Flandern und der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Dokument 108 (2018-2019)
- Resolutionsvorschlag zur Klimapolitik Belgiens – Dokument 263 (2018-2019)
- Dekretentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 20. Juli 2017 zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Wallonischen Region zur Ermächtigung der wallonischen Erwerbskomitees, Rechtsgeschäfte in Immobilienangelegenheiten im Namen und für die Rechnung der

Deutschsprachigen Gemeinschaft und der von ihr abhängenden Körperschaften durchzuführen – Dokument 266 (2018-2019)

### **Sonstige Dekretinitiativen, Berichte und Themen**

- Jahresbericht 2018 der Ombudsfrau der Deutschsprachigen Ge-

meinschaft – Dokument 176 (2018-2019)

- Dekretentwurf über die individuelle und öffentliche elektronische Kommunikation der Behörden des deutschen Sprachgebiets – Dokument 247 (2017-2018)
- Programmdekretvorschlag 2018 II – Dokument 258 (2018-2019)

- Dekretvorschlag über ein Beschwerdemanagement in der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Dokument 279 (2018-2019)
- Vorstellung des neuen Statistikportals der Deutschsprachigen Gemeinschaft und seiner Funktionen (gemeinsame Sitzung aller Ausschüsse vom 28. Januar 2019)

## **AUSSCHUSS II**

### **FÜR KULTUR, LOKALE BEHÖRDEN, BESCHÄFTIGUNG UND WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG**

#### **Rückblick**

Im Herbst 2018 beugte sich der Ausschuss wie in jedem Jahr über die Dekrete zur Festlegung des Haushalts und zur Anpassung des laufenden Haushalts und hörte in diesem Rahmen das Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft (ADG), den Belgischen Rundfunk (BRF), das Medienzentrum und den DGG Gemeinschaftszentren an.

Das Programmdekret wurde in dieser Sitzungsperiode einige Monate früher hinterlegt und konnte bereits im Spätherbst besprochen werden: Neben Anpassungen in den Bereichen Jugend, Sport, Beschäftigung und lokale Behörden sah der Entwurf vor allem eine umfassende Reform der Förderung der professionellen Kulturträger vor. Der Ausschuss hat sich intensiv mit dieser Reform auseinandergesetzt, indem er u. a. alle professionellen Kulturträger angehört hat.

Einen wichtigen Programmpunkt stellte der Dekretentwurf über die Ausübung der Zuständigkeit der Raumordnung durch die Deutschsprachige Gemeinschaft zum Ende der Sitzungsperiode dar.

In zahlreichen Sitzungen hat sich der Ausschuss intensiv mit der freiwilligen Feuerwehr und mit der Möglichkeit zur Schaffung einer Kadettenschule sowie einer Sekundarschulbildung auseinandergesetzt. So hörte der Ausschuss im Rahmen

des Resolutionsvorschlags zur Verbesserung des Statuts der freiwilligen Feuerwehr die Hilfeleistungszone der Deutschsprachigen Gemeinschaft und – gemeinsamen mit Ausschuss III – das Föderale Fachzentrum für Zivile Sicherheit an.

Eine weitere gemeinsame Sitzung mit Ausschuss III fand zur Vorstellung des Jugendberichts statt. Der Dekretentwurf zur Anerkennung der Deutschen Gebärdensprache wurde gemeinsam mit Ausschuss IV beraten.

#### **Tätigkeiten von Ausschuss II für Kultur, lokale Behörden, Beschäftigung und Wirtschaftsförderung in der Sitzungsperiode 2018-2019**

#### **Behandelte Dekretvorlagen Dekretentwürfe zum Haushalt**

- Dekretentwurf zur zweiten Anpassung des Dekrets vom 14. Dezember 2017 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2018 – Dokument 5-2-HH2018 (2018-2019)
- Dekretentwurf zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutsch-

sprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2019 – Dokument 4-HH2019 (2018-2019)

- Dekretentwurf zur ersten Anpassung des Dekrets vom 13. Dezember 2018 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2019 – Dokument 5-1-HH2019 (2018-2019)

#### **Andere Dekretvorlagen**

- Dekretvorschlag zur Abänderung des Dekrets vom 17. Februar 1992 zur Anerkennung von Sportanlagen und zur Bezuschussung ihrer Funktionskosten – Dokument 229 (2017-2018)
- Programmdekretvorschlag 2018 (II) – Dokument 258 (2018-2019)
- Dekretentwurf zur Anerkennung der Deutschen Gebärdensprache – Dokument 274 (2018-2019)
- Dekretentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 31. August 2018 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Koordinierung von Frequenzen im Rundfunkbereich im 87,5-108 MHz-Band gemäß Artikel 17 des Gesetzes vom 13. Juni 2005 über die elektronische Kommunikation – Dokument 280 (2018-2019)

- Dekretentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 25. Januar 2019 zwischen der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Zurverfügungstellung der Radiofrequenzen im Band 87,5-108 MHz – Dokument 281 (2018-2019)
- Dekretentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 25. Januar 2019 zwischen der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Zurverfügungstellung der FM-Frequenz Lüttich 88,5 MHz – Dokument 282 (2018-2019)
- Dekretentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 21. Dezember 2018 zwischen der Flämischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über den Gebrauch der FM-Frequenz Brussegem 95,2 MHz – Dokument 283 (2018-2019)
- Dekretentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 15. Februar 2019 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der gemeinsamen Gemeinschaftskommission Brüssel-Hauptstadt über die Einstufung der in den belgischen Kinosälen gezeigten Filme – Dokument 287 (2018-2019)
- Dekretentwurf über die Ausübung der Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich der Raumordnung und gewisser verbundener Bereiche durch die Deutschsprachige Gemeinschaft – Dokument 289 (2018-2019)

## Resolutionsvorschläge

Resolutionsvorschlag an die Föderalregierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Hinblick auf die Verbesserung des Statuts der freiwilligen Feuerwehr sowie zur Einführung einer Kadettenschule auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Dokument 254 (2018-2019)



Besuch des Ausschusses im Museum Vieille Montagne

## Verschiedenes

### Haushalte und Tätigkeitsberichte

- Haushaltsplan 2018/2019 des DGG Gemeinschaftszentren und Tätigkeiten 2017
- Haushaltsplan 2018/2019 des ADG und Tätigkeitsbericht 2017
- Haushaltsplan 2018/2019 des Medienzentrums und Tätigkeitsbericht 2017
- Haushaltsplan 2018/2019 des BRF und Tätigkeitsbericht 2017

### Anhörungen

- Vorstellung der Studie „Attraktive Arbeitsplätze – Dein Traumjob in Ostbelgien“ durch den WSR
- Konzeptvorstellung der Reform der Kulturförderung im Rahmen des Programmdekretvorschlags 2018 (II) (Dokument 258)
- Anhörung der professionellen Kulturträger zur Reform der Kulturförderung
- Anhörung der Hilfeleistungszone der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Rahmen des Resolutionsvorschlags betreffend die Feuerwehr (Dokument 254)

- Vorstellung der Studie „Analyse des Fachkräftebedarfs und Fachkräftepotenzials in Ostbelgien“
- Vorstellung des Arbeitspapiers „Auswertung der Tätigkeitsberichte 2017 der in der Deutschsprachigen Gemeinschaft anerkannten Leiharbeitsvermittler“
- Vorstellung des Geschichtsportals Ostbelgien
- Vorstellung des Statistikportals der Deutschsprachigen Gemeinschaft
- Anhörung des Rates der deutschsprachigen Jugend (RdJ)
- Anhörung des Föderalen Fachzentrums für zivile Sicherheit zum Thema der Feuerwehrausbildung
- Vorstellung des Jugendberichts „Jugendliche und junge Erwachsene in Ostbelgien – Perspektiven und Herausforderungen“
- Anhörung der Deutschen Sporthochschule Köln und des Vereins E-Sports East Belgium zum Thema E-Sport

### Besuche

Besuch des Museums Vieille Montagne in Kelmis und Austausch mit den Vertretern der anerkannten Museen

# AUSSCHUSS III

## FÜR UNTERRICHT, AUSBILDUNG UND ERWACHSENENBILDUNG

### Rückblick

Im Herbst 2018 und im Frühjahr 2019 hat sich der Ausschuss mit den Dekreten zum Haushalt befasst – d. h. zweite Anpassung des Haushalts 2018, Festlegung des Haushalts 2019 und schließlich erste Anpassung des Haushalts 2019.

Dem Ausschuss wurden auch mehrere Projekte und Einrichtungen vorgestellt. Dazu gehört das Schulentwicklungsprojekt „Heterogenität als Chance im Unterricht nutzen“, das an fünf Pilotschulen durchgeführt wird. Ziel ist es, die Rahmenbedingungen für eine partizipative Schulleitung und die Grundstrukturen für Qualitätsmanagement zu schaffen. Dabei werden die Pilotschulen durch Experten begleitet.

Auch das am Königlichen Athenäum Eupen durchgeführte Pilotprojekt zur Berufswahlvorbereitung und Berufsorientierung wurde im Ausschuss präsentiert. Dabei geht es vor allem darum, die Schüler dazu zu animieren, sich möglichst früh für das Thema Berufswahl bzw. Studium oder Ausbildung zu sensibilisieren. Sie sollen von Beginn an ihr persönliches Profil entdecken und entwickeln. Dabei geht es auch darum, dass sie ihre Kompetenzen und ihre Soft Skills verbessern. Die Schüler sollen am Ende ihrer Schullaufbahn eine konkretere Vorstellung davon haben, wie sie sich ihren weiteren Werdegang vorstellen, sei es in einer Erwerbstätigkeit, im Studium oder in einer Ausbildung.

Beim DELF-Test handelt es sich um eine Längsschnittstudie zur Untersuchung der Französischkenntnisse von über 1.300 Schülern und Auszubildenden im 6. Primarschuljahr, im 6. oder 7. Sekundarschuljahr und im 3. Lehrjahr, die erstmals in Form einer Vollerhebung durchgeführt wurde. Dabei sind die vier Kompetenzen Hörverstehen, Textverstehen, schriftlicher Ausdruck und mündlicher Ausdruck in den Niveaus A2,

B1 und B2 getestet worden. Die Ergebnisse waren sehr zufriedenstellend: Im Durchschnitt haben 80,4 % aller Teilnehmer den Test bestanden.

Die Leiterin des Instituts für Demokratiepädagogik an der Autonomen Hochschule stellte die Zwischenbilanz bei der Erarbeitung eines Leitfadens für die überfachliche Vermittlung der politischen Bildung in den Schulen vor. Dazu ist am Königlichen Athenäum St. Vith im September 2018 ein Pilotprojekt im 4. bis 6. Sekundarschuljahr gestartet. In diesem Zusammenhang wurde zu Beginn des Schuljahres bei den Schülern des 1. bis 6. Sekundarschuljahrs des Königlichen Athenäums eine Umfrage durchgeführt, um herauszufinden, welches Interesse sie an aktuellen gesellschaftspolitischen Fragen haben. Diese Umfrage wird am Ende des Schuljahres wiederholt, um zu sehen, ob die politische Bildung in der geplanten Form etwas gebracht hat.

Zwei Schüler des Robert-Schuman-Instituts Eupen haben vom 2. bis zum 6. Dezember 2018 an der UN-Klimakonferenz in Katowice teilgenommen und berichteten im Ausschuss von ihren Erfahrungen. Sie erklärten, wie sie im Religions- und Geografieunterricht auf die Teilnahme vorbereitet worden sind, insbesondere betreffend die Auswirkungen eines Anstiegs der weltweiten Durchschnittstemperatur. Die Schüler erzählten, dass die Teilnahme auch zu einem Umdenken in ihrer täglichen Lebensweise geführt hat und sie nun versuchen, auch ihre Mitschüler zu sensibilisieren.

Am 26. April 2019 hat der Ausschuss dem Königlichen Athenäum St. Vith einen Besuch abgestattet. Dort stellten drei Schüler und die Schulleitung den Ausschussmitgliedern die Prinzipien der neuen Pädagogik theoretisch und praktisch vor.

Diese neue Pädagogik beruht auf drei Säulen: Es gibt Lernbüros, in

denen die Schüler lernen, sich eigenverantwortlich zu organisieren. Sie müssen nämlich selbst entscheiden, welche Themen („Bausteine“) sie zu welchem Zeitpunkt in den Fächern Deutsch, Mathematik, Geschichte, Natur und Erdkunde bearbeiten. Dabei werden sie von Tutoren individuell begleitet, müssen sich das fachbezogene Wissen aber selbstständig erarbeiten. Am Ende eines von ihnen selbst bestimmten Zeitraums müssen sie zu jedem bearbeiteten Baustein eine Klassenarbeit schreiben. Dabei müssen sie natürlich darauf achten, dass sie zum Abschluss des Semesters alle Bausteine erarbeitet und alle Klassenarbeiten geschrieben haben.

Beim Projektlernen haben die Schüler die Möglichkeit, sich in Kleingruppen einem bestimmten Thema zu nähern. Dabei müssen sie sich die Inhalte selbst erarbeiten, indem sie Forscherfragen entwickeln und dann die entsprechenden Recherchen durchführen. So werden neben fachlichen Kompetenzen und Handlungskompetenzen auch Kompetenzen wie Teamarbeit und Konfliktfähigkeit gefördert. Nach zwei Monaten müssen die Schüler der Klasse ihre Ergebnisse in Form eines Vortrags, eines Films, eines Plakats oder in ähnlicher Weise vorstellen.

Außerdem werden Module und Workshops in den unterschiedlichsten Bereichen angeboten. Die Schüler können dort Neues ausprobieren oder bestehende Fertigkeiten vertiefen. Angeboten werden Module in den Bereichen Spaß am Lesen, Reparaturwerkstatt, Tanz, Musik, Kunst, Sport, Informatik, Schach und vieles mehr. Diese Module bieten ein erlebnisorientiertes Lernen in altersgemischten Gruppen.

Der wesentliche Ansatz der neuen Pädagogik ist es, die Schüler nicht in ein Schema zu pressen, sondern ihre individuellen Potenziale auszuschöpfen. Dies erfordert auch ein

Umdenken beim Lehrer, der den Schülern nun viel mehr Raum für Selbstverantwortung bieten muss.

Schließlich beriet der Ausschuss über mehrere Dekretvorlagen.

Mit dem Programmdekret 2018 (II) wurden einige Neuerungen in der Erwachsenenbildung eingeführt. Erstens wurden einige Formulierungen und Begriffe im Erwachsenenbildungsdekret präzisiert, um Rechtssicherheit zu schaffen. Außerdem wird die administrative Arbeit für die einzelnen Einrichtungen verringert. Zweitens wird es kleineren Einrichtungen der Erwachsenenbildung leichter gemacht, die Kriterien zum Erhalt der pauschalen Bezuschussung zu erfüllen. Drittens schließlich erhalten insbesondere größere Einrichtungen die Möglichkeit, zusätzliche Fördermittel für Projekte von besonderem Interesse zu erhalten.

Mit dem Dekret zur Abänderung des Dekrets vom 16. Juni 2008 zur Festlegung von Kernkompetenzen und Rahmenplänen im Unterrichtswesen sind die Rahmenpläne Deutsch und Geografie für die zweite und dritte Stufe des technischen Befähigungsunterrichts und des berufsbildenden Unterrichts in der Regelsekundarschule eingeführt worden.

Das Dekret zur Billigung des Kooperationsabkommens vom 30. Januar 2019 zwischen dem Föderalstaat, den Gemeinschaften und den Regionen über die Prävention und das Management der Einbringung und Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten dient zur Umsetzung einer Verordnung der Europäischen Union. Weil die Deutschsprachige Gemeinschaft für den Teilaspekt der wissenschaftlichen Forschung zuständig ist, muss auch sie dem Abkommen beitreten. In erster Linie bleiben aber die Regionen für den Naturschutz zuständig. Bei dem Abkommen geht es darum, dass einige Pflanzen und Tiere sich nicht auf natürliche Art und Weise auf das Gebiet der Europäischen Union ausbreiten, sondern eingeschleppt

werden. Derzeit gibt es etwa 12.000 gebietsfremde Arten innerhalb der Europäischen Union, von denen 1.200 ein Problem darstellen. Allein der wirtschaftliche Schaden beläuft sich auf rund 12 Milliarden Euro. Die Europäische Union hat eine Liste der Arten erstellt, deren Einführung und Ausbreitung unionsweit zu vermeiden ist. Weil für eine Aufnahme in die Liste aber u. a. profunde wissenschaftliche Untersuchungen erforderlich sind, sind erst 23 Pflanzen- und 26 Tierarten berücksichtigt worden.

Die Schwerpunkte des Dekrets über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2019 liegen auf der Anpassung von dienstrechtlichen Bestimmungen für verschiedene Personalmitglieder des Unterrichtswesens. Auch gibt es einige Neuerungen in Bezug auf das Stellenkapital für Lehrer, Erzieher-Aufseher, schulpsychologische Berater und Internatsaufseher. Eine wichtige Maßnahme ist darüber hinaus die Schaffung einer Schulberatung für Inklusion und Integration. Diese soll vor allem dann zum Einsatz kommen, wenn die in den Schulen vorhandenen Unterstützungssysteme an ihre Grenzen stoßen.

Schließlich hat der Ausschuss über den Resolutionsvorschlag an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Rückerstattung der Kosten für den Schülertransport beraten und dazu einige Anhörungen durchgeführt. Da die Behandlung nicht abgeschlossen werden konnte, wurde ein Zwischenbericht verabschiedet, auf dessen Grundlage die Beratungen in der nächsten Legislaturperiode fortgeführt werden können.

### **Tätigkeiten von Ausschuss III für Unterricht, Ausbildung und Erwachsenenbildung in der Sitzungsperiode 2018-2019**

#### **Behandelte Dekretvorlagen**

#### **Dekretentwürfe zum Haushalt**

- Dekretentwurf zur zweiten Anpassung des Dekrets vom 14. Dezember 2017 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das



**Besuch des Unterrichtsausschuss im Königlichen Athenäum St. Vith**

Haushaltsjahr 2018 – Dokument 5-2-HH2018 (2018-2019)

- Dekretentwurf zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2019 – Dokument 4-HH 2019 (2018-2019)
- Dekretentwurf zur ersten Anpassung des Dekrets vom 13. Dezember 2018 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2019 – Dokument 5-1-HH2019 (2018-2019)

### Andere Dekretvorlagen

- Programmdekretvorschlag 2018 (II) – Dokument 258 (2018-2019)
- Dekretentwurf zur Abänderung des Dekrets vom 16. Juni 2008 zur Festlegung von Kernkompetenzen und Rahmenplänen im Unterrichtswesen – Dokument 265 (2018-2019)
- Dekretentwurf zur Abänderung des Dekrets vom 16. Juni 2008 zur Festlegung von Kernkompetenzen und Rahmenplänen im Unterrichtswesen – Dokument 285 (2018-2019)
- Dekretentwurf zur Billigung des Kooperationsabkommens vom 30. Januar 2019 zwischen dem Föderalstaat, den Gemeinschaften und den Regionen über die Prävention und das Management der Einbringung und Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten – Dokument 286 (2018-2019)
- Dekretentwurf über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2019 – Dokument 292 (2018-2019)

### Resolutionsvorschläge

Resolutionsvorschlag an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Rückerstattung der Kosten für den Schülertransport – Dokument 269 (2018-2019).

## Verschiedenes

### Haushalte und Tätigkeitsberichte

- Haushaltsplan 2019 des DGG Service und Logistik und Tätigkeitsbericht 2017/2018
- Haushaltsplan 2019 der Autonomen Hochschule und Tätigkeitsbericht 2017/2018
- Haushaltsplan 2019 des Instituts für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in KMU und Tätigkeitsbericht 2017/2018
- Haushaltsplan 2019 und Tätigkeitsbericht 2017/2018 des Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen – Kaleido Ostbelgien
- Frauenliga, Vorstellung der Tätigkeiten

### Gesellschaftspolitisches Thema

Lernen für die Welt von morgen – Veranstaltung zum Weltlehrertag

## AUSSCHUSS IV FÜR SOZIALES UND GESUNDHEIT

### Rückblick

Wie in den vorangegangenen Sitzungsperioden, bearbeitete der Ausschuss IV für Soziales und Soziales auch in der Sitzungsperiode 2018-2019 erneut zahlreiche Dokumente und Themen, von denen viele Folge der 2014 durchgeführten Sechsten Staatsreform waren.

Dazu gehörte das wichtigste Dokument, mit dem sich der Ausschuss in der Sitzungsperiode 2018-2019 befasst hat: Der Dekretentwurf über die Angebote für Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf sowie über die Palliativpflege. Das daraus hervorgegangene Dekret, das das Parlament in seiner Sitzung vom 13. Dezember 2018 verabschiedete, übernimmt zum einen weitestgehend die bisherigen Gesetzgebungen im Bereich der häuslichen Hilfe und im

## Anhörungen

- Heterogenität als Chance im Unterricht nutzen
- Optimierung der Regeltexte in der Erwachsenenbildung
- PPP II und Impulszentrum Holz
- Anhörung des Rates für Erwachsenenbildung zum Programmdekretvorschlag 2018 (II) – Dokument 258
- Pilotprojekt Berufswahlvorbereitung und Berufsorientierung
- DELF-Bericht zur Vollerhebung der Französischkenntnisse im 6. Primarschuljahr, 6. Sekundarschuljahr und 3. Lehrjahr
- Pilotprojekt zur fächerübergreifenden politischen Bildung
- Studie zum Stundenkapital: „Funding Formulas in Compulsory Education“
- Erfahrungsbericht der RSI-Schüler zur UN-Klimakonferenz in Katowice
- Anhörung Die Eiche VoG, Vorstellung der Tätigkeiten der Eiche VoG

Bereich der Wohn-, Begleit- und Pflegeangebote für Senioren. Zum anderen definiert es neue Rechtsgrundlagen für die im Rahmen der Sechsten Staatsreform übernommenen Zuständigkeiten der Finanzierung der Alten- und Pflegewohnheime, der Preiskontrolle betreffend den Sektor der Aufnahmeeinrichtungen für Senioren, der Normen für die Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen, der Standardmobilitätshilfen in den Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen und der Palliativpflege. Mit den nun ihr zur Verfügung stehenden Befugnissen ist die Deutschsprachige Gemeinschaft in der Lage, eine integrierte Seniorenpolitik zu gestalten.

In Zusammenhang mit Befugnissen, die den Gemeinschaften in Umsetzung der Sechsten Staatsreform übertragen wurden, standen auch acht Ausführungszusammenarbeits-

abkommen zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und den anderen Teilstaaten.

Sechs Zusammenarbeitsabkommen betrafen die Familienleistungen, d. h. Kindergeld, Geburts- und Adoptionsprämie. Die Deutschsprachige Gemeinschaft schuf mit der Verabschiedung des Dekrets vom 23. April 2018 über die Familienleistungen bekanntlich eine eigene, gänzlich neue Rechtsgrundlage, auf deren Basis sie die Familienleistungen seit dem 1. Januar 2019 in Eigenverantwortung auszahlt.

Ein siebtes Zusammenarbeitsabkommen hatte die Gewährung von Mobilitätshilfen zum Gegenstand und ein letztes die Finanzierung der Pflege bei Inanspruchnahme von Pflegediensten über die Grenzen des Teilstaates hinaus.

Mit dem Dekretentwurf über die Ausübung der Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich des Wohnungswesens durch die Deutschsprachige Gemeinschaft befasste sich der Ausschuss erstmals mit einer Übertragungsprozedur. Mit Inkrafttreten des vom Parlament am 29. April 2019 verabschiedeten Dekrets zum 1. Januar 2020 wird es der Deutschsprachigen Gemeinschaft möglich sein, die Wohnungs- und Sozialpolitik auf ihrem Hoheitsgebiet besser zu koordinieren und komplementär zu ergänzen.

Ferner beriet der Ausschuss im Rahmen des Programmdekretvorschlages 2018 (II) über einige Abänderungen der Gesetzgebung in den Bereichen Gesundheit und Soziales.

Des Weiteren nahm der Ausschuss während der Sitzungsperiode 2018-2019 betreffend seine Zuständigkeiten Stellung zur zweiten Anpassung des Ausgabenhaushaltsplans für das Jahr 2018 sowie zur Festlegung und zur ersten Anpassung des Ausgabenhaushaltsplans für das Jahr 2019.

Der Ausschuss beendete in der Sitzungsperiode 2018-2019 zudem seine in der vorigen Sitzungsperiode aufgenommenen Arbeiten bezüglich des Resolutionsvorschlages an die

Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und die Föderalregierung über grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitssektor und modifizierte dabei die inhaltliche Ausrichtung des Resolutionsvorschlages dahin gehend, dass der Zugang zu grenzüberschreitender medizinischer Gesundheitsversorgung im belgisch-deutschen Grenzgebiet sichergestellt und auf eine Verbesserung der inländischen medizinischen Gesundheitsversorgung in deutscher Sprache hingewirkt werden soll.

In weiteren Sitzungen wurde der Ausschuss über den Fortgang von Initiativen und Projekten im Gesundheits- und Sozialbereich informiert. In diesem Zusammenhang wurden dem Ausschuss:

- vom Beratungs- und Therapiezentrum (BTZ) sein Werdegang seit der Fusion aus dem Sozial-Psychologischem Zentrum (SPZ) und dem Kindertherapiezentrum (KITZ), sein Konzept und sein Angebot vorgestellt;
- von der Dienststelle für Selbstbestimmtes Leben (DSL) das Verfahren in Bezug auf die Bewilligung von Mobilitätshilfen und der Statusbericht zur Umsetzung des Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung der Dienststelle für das Jahr 2018 vorgestellt;
- von der Regierung und vom Ministerium die Ergebnisse der Evaluierung des DG-Integrationsparcours als Einstiegsweg für Migranten für das erste Tätigkeitsjahr 2018 präsentiert;
- vom Beirat der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Gesundheitsförderung (BGF) sein Gutachten bezüglich der möglichen Einführung einer Impfpflicht für Kinder, die von Tagesmüttern oder in Kinderkrippen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft betreut werden, vorgestellt.

Außerdem stellte das Interföderale Zentrum für Chancengleichheit Unia dem Ausschuss den Jahresbericht 2017 zum Thema „Stillstand ist keine Option“ vor.

Auch in der Sitzungsperiode 2018-2019 nahm der Ausschuss weiterhin monatliche Regierungskontrollen vor, bei denen aktuelle Fragen und Interpellationen zum Sozial- und Gesundheitsbereich an die Regierung gerichtet werden konnten.

Zudem hatte der Ausschuss die Ehre, in seiner Sitzung vom 27. Februar 2019 eine Delegation um Frau Stefanie Drese, Ministerin für Soziales, Integration und Gleichstellung des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern, zu einem kurzen Erfahrungsaustausch zu verschiedenen Sozialthemen begrüßen zu dürfen.

## **Tätigkeiten von Ausschuss IV für Soziales und Gesundheit in der Sitzungsperiode 2018-2019**

### **Behandelte Dekretvorlagen**

#### **Dekretentwürfe zum Haushalt**

- Dekretentwurf zur zweiten Anpassung des Dekrets vom 14. Dezember 2017 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2018 – Dokument 5-2-HH2018 (2018-2019)
- Dekretentwurf zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2019 – Dokument 4-HH 2019 (2018-2019)
- Dekretentwurf zur ersten Anpassung des Dekrets vom 13. Dezember 2018 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2019 – Dokument 5-1-HH2019 (2018-2019)

### **Andere Dekretvorlagen**

- Dekretentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom

29. Dezember 2017 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Erhöhung der Grenzbeträge der Einkünfte und der Befreiung der Einkünfte aus einer Erwerbstätigkeit aufgrund eines Studentenvertrages für Studenten, die sich in einer dualen Ausbildung befinden oder die durch einen Lehrvertrag gebunden sind – Dokument 250 (2017-2018)
- Dekretentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 6. September 2017 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Angliederungsfaktoren, der Verwaltung der Altlasten, des Datenaustausches im Bereich der Familienleistungen und der Bedingungen für die Zuständigkeitsübertragung zwischen den Kindergeldkassen – Dokument 255 (2018-2019)
  - Dekretentwurf über die Angebote für Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf sowie über die Palliativpflege – Dokument 257 (2018-2019)
  - Programmdekretvorschlag 2018 (II) – Dokument 258 (2018-2019)
  - Dekretentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 30. Mai 2018 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Schaffung eines Interregionalen Organs für die Familienleistungen – Dokument 259 (2018-2019)
  - Dekretentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 12. Juli 2018 zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Bearbeitung der Regularisierungen im Bereich der Familienleistungen – Dokument 260 (2018-2019)
  - Dekretentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 30. Mai 2018 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Aufteilung der Rücklagen der gemäß dem AFBG anerkannten freien Kindergeldkassen zum Zeitpunkt der Übernahme der Verwaltung und der Zahlung des Kindergeldes durch eine Gebietskörperschaft – Dokument 261 (2018-2019)
  - Dekretentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 30. Mai 2018 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Umsetzung innerhalb der Gesetzgebung der Familienleistungen der Richtlinie 2009/50/EG des Rates vom 25. Mai 2009 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt für Drittstaatsangehörige zur Ausübung einer hochqualifizierten Beschäftigung, der Richtlinie 2014/66/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen im Rahmen eines unternehmensinternen Transfers und der Richtlinie (EU) 2016/801 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zu Forschungs- oder Studienzwecken, zur Absolvierung eines Praktikums, zur Teilnahme an einem Freiwilligendienst, Schüleraustauschprogrammen oder Bildungsvorhaben und zur Ausübung einer Au-pair-Tätigkeit – Dokument 264 (2018-2019)
  - Dekretentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 31. Dezember 2018 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Französischen Gemeinschaftskommission in Brüssel, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission in Brüssel und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über Mobilitätshilfen – Dokument 276 (2018-2019)
  - Dekretentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 31. Dezember 2018 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Französischen Gemeinschaft, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission, der Französischen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Finanzierung der Pflege bei Inanspruchnahme von Pflegediensten über die Grenzen des Teilstaates hinaus – Dokument 277 (2018-2019)
  - Dekretentwurf über die Ausübung der Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich des Wohnungswesens durch die Deutschsprachige Gemeinschaft – Dokument 290 (2018-2019)

## Resolutionsvorschläge

- Resolutionsvorschlag an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und die Föderalregierung über grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitssektor – Dokument 235 (2017-2018)

## Haushalte und Tätigkeitsberichte

Vorstellung des Haushaltsplans der Dienststelle für Selbstbestimmtes Leben (DSL) für das Tätigkeitsjahr 2019

## Beschlussvorschläge, Gutachten

Vorstellung des Gutachtens des Beirats der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Gesundheitsförderung (BGF) bezüglich der möglichen Einführung einer Impfpflicht für von Tagesmüttern oder in Kinderkrippen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft betreute Kinder

## Anhörungen

- Anhörung des Beratungs- und Therapiezentrum (BTZ) zu seiner Gründung, seinem Konzept und seinem Angebot
- Anhörung der Dienststelle für Selbstbestimmtes Leben (DSL) zum Verfahren betreffend die Bewilligung von Mobilitätshilfen, zum Statusbericht zur Umsetzung des Dekrets vom 13. De-

zember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle für Selbstbestimmtes Leben für das Jahr 2018 und zur Gestaltung der Website der Dienststelle unter besonderer Berücksichtigung ihrer allgemeinen Zugänglichkeit

- Austausch mit der Ministerin für Soziales, Integration und Gleichstellung des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern

- Vorstellung des Evaluierungsberichts zum DG-Integrationsparcours für das Jahr 2018 durch die Regierung und das Ministerium
- Vorstellung des Jahresberichts 2017 des Interföderalen Zentrums für Chancengleichheit Unia „Stillstand ist keine Option“

## AUSSCHUSS V

### ZUR KONTROLLE DER WAHLAUSGABEN UND DES URSPRUNGS DER GELDMITTEL FÜR DIE WAHL DES PARLAMENTS UND DER GEMEINDERÄTE SOWIE ZUR KONTROLLE DER MITTEILUNGEN DER ÖFFENTLICHEN BEHÖRDEN DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

#### Rückblick

In der Folge der am 18. Juni 2018 vom Plenum verabschiedeten Novellierung des Dekrets zur Kontrolle der Wahlausgaben für die Wahl des Parlaments sowie zur Kontrolle der Mitteilungen der öffentlichen Behörden der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Dokument 219 (2017-2018) – standen die Überarbeitung der Geschäftsordnung des Kontrollausschusses sowie des Leitfadens für die öffentlichen Mitteilungen auf dem Programm.

Da der Ausschuss mit den vorbereitenden Arbeiten hierzu bereits parallel zur Novellierung des Dekrets begonnen hatte, konnten sie zügig zu Beginn der Sitzungsperiode 2018-2019 abgeschlossen werden und noch vor den Gemeinderatswahlen am 14. Oktober 2018 in Kraft treten. Gleichzeitig passte man die Geschäftsordnung des Parlaments auf die Neuregelung des Kontrollausschusses an – Dokument 248 (2018-2019).

Die Änderungen der Geschäftsordnung des Kontrollausschusses sehen insbesondere die Verfahrensweise zur – im novellierten Dekret neu eingeführten – Beteiligung des Rechnungshofs an der Kontrolle der

Wahlausgaben für die Gemeindefrauwahlen und Kontrolle der Wahlausgaben von Kandidaten der Gemeinderatswahlen sowie zur Entscheidung von Streitfällen in Bezug auf Mandats- und Vermögensklärungen vor.

Der ehemalige Leitfaden wurde zu Richtlinien zur Kontrolle der Mitteilungen der öffentlichen Behörden und insbesondere durch ein Kapitel mit Prinzipien der Behördenkommunikation sowie Regelungen für Social Media ergänzt und modernisiert.

Die novellierte Geschäftsordnung des Kontrollausschusses sowie die Richtlinien für die öffentlichen Mitteilungen sind auf der Webseite des Parlaments abrufbar. Entsprechend den Bestimmungen des Dekrets wurde die Geschäftsordnung zudem am 13. Dezember 2018 im Belgischen Staatsblatt veröffentlicht.

#### Tätigkeiten von Ausschuss V zur Kontrolle der Wahlausgaben und der Mitteilungen der öffentlichen Behörden der Deutsch-

#### sprachigen Gemeinschaft in der Sitzungsperiode 2018-2019

Beschluss zur Verabschiedung der Geschäftsordnung des Kontrollausschusses des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 19. September 2018

Beschluss von Richtlinien zur Kontrolle der Mitteilungen der öffentlichen Behörden der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 19. September 2018

# BEHANDLUNG VON GESELLSCHAFTSPOLITISCHEN THEMEN

## Ausschuss I – Sparpolitik und Investitionskapazität

Nachdem der Ausschuss im Juni 2018 seine umfangreichen Untersuchungen zur Thematik beendet hatte, fand im aktuellen Berichtszeitraum der formale Abschluss der Arbeiten statt: In Band 8 der Schriftenreihe der Deutschsprachigen Gemeinschaft wurden die Arbeiten und Schlussfolgerungen des Ausschusses unter dem Titel „Sparpolitik und Investitionskapazität – Gesellschaftspolitisches Thema des Ausschusses I für allgemeine Politik, Petitionen, Finanzen und Zusammenarbeit des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens“ rechtzeitig vor Beginn der Haushaltsberatungen im Oktober 2018 publik gemacht.

Die Finanz- und Investitionspolitik der Deutschsprachigen Gemeinschaft vor dem Hintergrund der EU-Haushaltsregeln wird den Ausschuss aber auch weiterhin beschäftigen – wobei er auf den grundlegenden Informationen und Erkenntnisse aufbauen kann, die mit den Arbeiten zum gesellschaftspolitischen Thema gewonnen wurden.

## Ausschuss II – Nachhaltiges Wachstum, Regionalwirtschaft und ländliche Entwicklung

Im Herbst 2017 hatte der Ausschuss eine Masterarbeit zum Thema „Nachhaltige ländliche Entwicklung im Rahmen der heutigen Gemeindeautonomie“ ausgeschrieben und im Frühjahr 2018 in Auftrag gegeben. Nach Vorstellung eines Zwischenberichts im Juni 2018 wurden die Ergebnisse der Arbeit im Oktober 2018 im Ausschuss vorgestellt.

Nun galt es, einen Schlusstrich unter das umfassende Thema „Nachhaltiges Wachstum, Regionalwirtschaft und ländliche Entwicklung“ zu ziehen. Der Ausschuss beschloss,

die vielfältigen Arbeiten zu verschriftlichen und als Band 12 der Schriftenreihe der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu veröffentlichen. Mit seinen Arbeiten zum Fazit und der Veröffentlichung des Bandes im Juni 2019 schloss der Ausschuss das Thema ab.

Der Bericht fasst folgende Veranstaltungen bzw. Anhörungen zusammen:

- Vortragsveranstaltung mit Dr. Norbert Nicoll zum Thema „Kapitalismus im Wachstumsdilemma – Welche Auswirkungen auf Beschäftigung und Nachhaltigkeit?“;
- Vortragsveranstaltung mit Peter De Keyzer zum Thema „Mehr Wachstum ist möglich!“;
- Anhörungen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter: Wachstum und Beschäftigung – Ein Blick auf Ostbelgien;
- Anhörung von Vertretern verschiedener Lokalwährungen: Stärkung der lokalen Wirtschaft dank Lokalwährungen;
- Anhörung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft zur Politik der

ländlichen Entwicklung;

- Studienfahrt nach Beckerich und Wiltz zum Thema „Regionale Wirtschaftskreisläufe, Kreislaufwirtschaft und Lokalwährungen in Luxemburg“;
- Synthese der Masterarbeit „Nachhaltige ländliche Entwicklung in Ostbelgien“.

## Ausschuss III – Lernen für die Welt von morgen

Anlässlich des Weltlehrertags hat der Ausschuss in Zusammenarbeit mit der Autonomen Hochschule und dem Kabinett des Unterrichtsministers am 10. Oktober 2018 einen Diskussionsabend zum Thema „Lernen für die Welt von morgen“ organisiert. Das Input-Referat hielt Prof. Andreas Schleicher, der Leiter der internationalen PISA-Studie. Er ging dabei auf die Auswirkungen der Digitalisierung ein: Für diejenigen, die gut ausgebildet sind und über die richtigen Fähigkeiten verfügen, bietet sie unbegrenzte Möglichkei-



ten. Für die anderen aber kann die Digitalisierung zum Verlust des Arbeitsplatzes und zu einem Leben ohne Perspektiven führen.

Technologie und Globalisierung haben einschneidende Folgen für unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft. Doch sind diese Folgen nicht vorherbestimmt. Das Bildungssystem muss Antworten auf diese Folgen finden und dafür reformiert werden. Dies geht nicht, indem man Lösungen von anderswo kopiert, sondern indem man die gute Praxis im In- und Ausland ernsthaft analysiert, um zu verstehen, was in welchen Kontexten funktionieren kann.

Im Anschluss an dieses Referat fand ein moderiertes Podiumsgespräch unter Mitwirkung von Prof. Schleicher, Bildungsminister Harald Mollers und der ehemaligen Schulleiterin des Robert-Schuman-Instituts Eupen, Brigitte Kocks, mit Fragen aus dem Publikum statt.

### **Umfrage zur bezahlten Nachhilfe**

Ausschuss III hat im Herbst 2018 die Durchführung einer Umfrage zur bezahlten Nachhilfe lanciert. Ausgangspunkt für die Durchführung der Umfrage ist, dass gemäß dem sogenannten Grundlagendekret vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen jeder Schüler Anrecht auf einen unentgeltlichen Zugang zum Unterricht hat. Die Bildungschancen eines Kindes dürfen also nicht von den finanziellen Möglichkeiten der Erziehungsberechtigten abhängig sein.

Als am 19. Oktober 2017 in Ausschuss III die Studie des Bunds der Familien zu den Schulbesuchskosten vorgestellt worden ist, wurde bereits moniert, dass der Aspekt der bezahlten Nachhilfe keine Berücksichtigung gefunden habe.

In Belgien gibt es aber, wie in vielen anderen Ländern auch, einen großen Markt für bezahlte Nachhilfe. Allerdings fehlt dazu eine verlässliche Datenbasis, auch wenn es be-

reits Untersuchungen dazu gegeben hat. So ist 2013 in einer Umfrage zur Hausaufgabenpraxis in der Deutschsprachigen Gemeinschaft festgestellt worden, dass im 4. und 6. Primarschuljahr circa 15 % der Schüler Nachhilfeunterricht erhalten (davon 9,12 % regelmäßig), im 2. und 5. Sekundarschuljahr über 30 % (davon 10,89 % regelmäßig).

Man will daher mit der geplanten Umfrage u. a. herausfinden, wer die Nachhilfe in Anspruch nimmt, wie viel für Nachhilfe bezahlt wird, wer sie erteilt und in welchen Fächern sie erteilt wird.

Zu diesem Zweck sind gemeinsam mit Dr. Sandra Moroni von der pädagogischen Hochschule Bern, die bereits vergleichbare Umfragen durchgeführt hat, verschiedene Fragebögen für die Eltern und die Schüler mit Fragen zur Nachhilfepraxis, aber auch zu den Hausaufgaben entwickelt worden. Die Fragebögen wurden im Februar in den Sekundarschulen verteilt und ausgefüllt. Derzeit (Stand Mai 2019) befinden sich die ausgefüllten Fragebögen zur Auswertung bei Dr. Moroni.

Auf Grundlage der Auswertung wird dann zu überlegen sein, welche Maßnahmen zur bestmöglichen Förderung der Schüler zu ergreifen sind und welche Bedingungen in den Schulen zu schaffen oder zu verbessern sind.

### **Ausschuss IV – Der nichtkommerzielle Sektor in der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Fokus auf die Solidarwirtschaft**

Nach Abschluss seines ersten gesellschaftspolitischen Themas „Gesundheitsprävention und Gesundheitsförderung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft heute und morgen“ in der Legislaturperiode 2014-2019 stellte der Ausschuss bei seinem zweiten gesellschaftspolitischen Thema die Solidarwirtschaft in der Deutschsprachigen Gemeinschaft in das Zentrum seiner Überlegungen.

Die Solidarwirtschaft zählt zu den Aufgabenbereichen, die dem Ausschuss für die Legislaturperiode 2014-2019 zugeteilt wurden.

Die Solidarwirtschaft eröffnet Menschen mit Beeinträchtigungen und Vermittlungshemmnissen, die deshalb arbeitsmarktfremd sind, eine Partizipation an der Arbeitswelt. In der Deutschsprachigen Gemeinschaft werden auf dieser Ebene mittlerweile über 900 Personen ausgebildet und/oder beschäftigt.

Eine erste Übersicht über die im Bereich der Solidarwirtschaft in der Deutschsprachigen Gemeinschaft tätigen Sozialbetriebe gab dem Ausschuss der für diesen Sektor im Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft zuständige Fachbereich Beschäftigung.

Die Problemstellungen sowie Herausforderungen, mit denen die Sozialbetriebe in der Deutschsprachigen Gemeinschaft konfrontiert sind, wurden mit dem Arbeitgeberverband für den nichtkommerziellen Sektor – AnikoS VoG – sowie dem Wirtschafts- und Sozialrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft (WSR) erörtert.

Darüber hinaus holte der Ausschuss eine Stellungnahme der Mittelstandsvereinigung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu Schnittmengen zwischen den Sozialbetrieben und der Privatwirtschaft sowie eventuellen Konkurrenzsituationen ein.

Mit einem Fazit zum Ende der Sitzungsperiode 2018-2019 schloss der Ausschuss seine Arbeiten zum gesellschaftspolitischen Thema „Der nichtkommerzielle Sektor in der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Fokus auf die Solidarwirtschaft“ ab.

Der Abschlussbericht zu den Arbeiten des Ausschusses ist in Band 11 der Schriftenreihe der Deutschsprachigen Gemeinschaft veröffentlicht.

# REGIERUNGSKONTROLLE

## ALLGEMEINES

Die Beziehung des Parlaments zur Regierung wird im Laufe der Sitzungsperiode neben dem Informationsaustausch und den Debatten rund um Dekrettexte vor allen Dingen durch die Kontrolltätigkeit des Parlaments geprägt, die einen elementaren Bestandteil der parlamentarischen Demokratie darstellt. Die Regierungsmitglieder können von den Parlamentariern jederzeit befragt werden. Hierzu verfügen sie über verschiedene Instrumente, Interpellationen, begründete Anträge sowie mündliche und schriftliche Fragen.

Durch die Reform der parlamentarischen Arbeitsweise wurde die Kontrollfunktion in die Ausschüsse verlagert: Themendebatten, Interpellationen und mündliche Fragen werden grundsätzlich in den zuständigen Fachausschüssen einmal im Monat in öffentlicher Sitzung behandelt. Im Rahmen der Geschäftsordnung organisieren die Ausschüsse die entsprechenden Aussprachen autonom. Diese Sitzungen sind öffentlich. Die Berichterstattung erfolgt über die Presse und den Offenen Kanal Ostbelgien. Die Sitzungen sind auch über das Internet

im Livestream zu sehen und können auch noch zu einem späteren Zeitpunkt auf der Website des Parlaments abgerufen werden.

Die Regierungskontrolle findet nur dann im Plenum statt, wenn es ein themenübergreifendes Interesse gibt oder das Thema von größerer Bedeutung ist. Die Entscheidung darüber trifft das Präsidium. Allerdings kann auch eine qualifizierte Minderheit von mindestens 7 Parlamentariern eine Behandlung im Plenum durchsetzen.

## INTERPELLATIONEN

„Jeder Abgeordnete hat das Recht, ein oder mehrere Mitglieder der Regierung im Rahmen einer Interpellation dazu aufzufordern, sich bezüglich einer politischen Handlung oder Unterlassung, eines präzisen Sachverhalts sowie konkreter Aspekte der Regierungspolitik, die im direkten Bezug zu den Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft stehen und von allge-

meiner Tragweite sind, zu rechtfertigen.“

[Artikel 86 §1 der Geschäftsordnung des Parlaments vom 20. Mai 2016]

Interpellationen werden grundsätzlich im zuständigen Ausschuss behandelt und nur in Ausnahmefällen in der Plenarsitzung. Alle 9 Interpellationen wurden in Ausschusssitzungen behandelt.

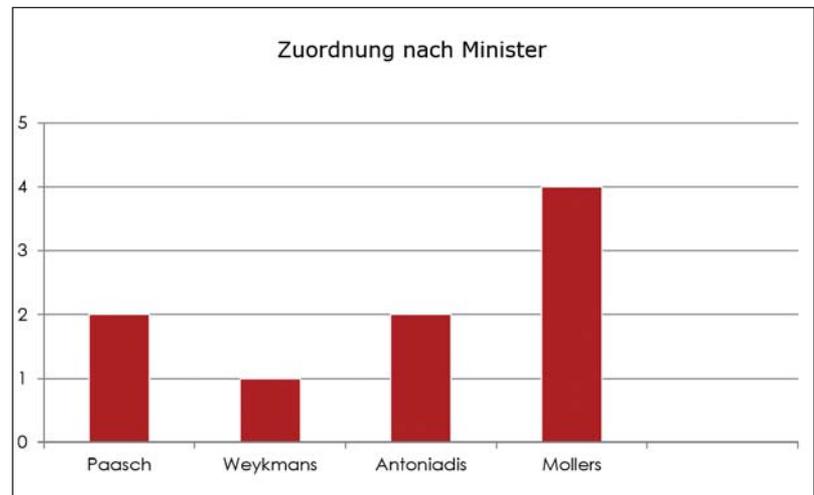
Die diesbezüglichen ausführlichen Debatten können im *Bulletin der Interpellationen und Fragen* nachgelesen werden, das das Parlament in regelmäßigen Abständen veröffentlicht. Sie werden ebenfalls auf der Website des Parlaments veröffentlicht.

Datum	Interpellant	Fraktion	Thema	Minister	Gremium	BIF Nr.
01.10.2018	L. Klinkenberg	ProDG	Radikalismus	Paasch	AI	43
03.10.2018	L. Klinkenberg	ProDG	Lebensmittelhilfen und Armutsbekämpfung Gemeinschaft	Antoniadis	AIV	43
04.10.2018	A. Mertes	VIVANT	Schwimmunterricht in der Deutschsprachigen	Mollers	AIII	43
08.11.2018	G. Freches	PPF	Projekt „Kompetenzen anerkennen“	Mollers	AIII	44
21.01.2019	K.-H. Lambertz	SP	Beziehungen zwischen der Provinz Lüttich und der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Paasch	AI	46

22.01.2019	F. Cremer	ProDG	Jugendbericht „Jugendliche und junge Erwachsene in Ostbelgien. Perspektiven und Herausforderungen“	Weykmans	All	46
24.01.2019	G. Freches	PFF	Landwirtschaft – ein Fall für die Industrielehre?	Mollers	AIII	46
13.03.2019	S. Houben-Meessen	CSP	Bereitstellung von Assistenz- oder Servicehunden im Rahmen der Zuständigkeit der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Antoniadis	AIV	48
11.04.2019	M. Niessen	ECOLO	Dienstrechtsreform und Gesamtvision für das Unterrichtswesen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Mollers	AIII	49

\*BIF Bulletin Interpellationen und Fragen

Fraktion Interpellant	Interpellierter Minister	pro Fraktion
CSP	Antoniadis (SP)	1
ECOLO	Mollers (ProDG)	2
ProDG	Paasch (ProDG)	1
ProDG	Weykmans (PFF)	1
ProDG	Antoniadis (SP)	1
PFF	Mollers (ProDG)	2
SP	Paasch (ProDG)	1
VIVANT	Mollers (ProDG)	1
<b>Total</b>		<b>9</b>



## BEGRÜNDETE ANTRÄGE

Jedes Parlamentsmitglied hat das Recht, im Anschluss an eine Stellungnahme der Regierung einen begründeten Antrag einzureichen, um die Amtsführung der Regierung oder eines ihrer Mitglieder zu billigen, zu missbilligen oder eine Empfehlung auszusprechen.

Dies geschah in der vergangenen Sitzungsperiode einmal:

Am 19. November 2018 wurde in der Plenarsitzung über die begründeten Anträge abgestimmt, die im Anschluss an die Debatte über die Interpellation von Alain Mertes an Minister Harald Mollers zum Schwimmunterricht in der Deutschsprachigen

Gemeinschaft hinterlegt worden waren.

Der begründete Antrag von Alain Mertes (VIVANT) wurde abgelehnt.

Der begründete Antrag von F. Cremer (ProDG), P. Schmitz (ProDG), K. Neycken-Bartholemy (SP) und G. Freches (PFF) wurde angenommen.

## FRAGEN

„Jeder Abgeordnete hat das Recht, einem Mitglied der Regierung eine Frage zu stellen, um Auskünfte bezüglich eines präzisen Sachverhalts im Zuständigkeitsbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft

oder bezüglich konkreter Aspekte der Regierungspolitik zu erhalten.“

[vgl. Artikel 83 §1, 84 §1 und 85 §1 der Geschäftsordnung des Parlaments vom 30. Mai 2016]

Handelt es sich dabei um ausführliche Auskünfte, reicht der Abgeordnete eine schriftliche Frage ein. Bei kurzen Auskünften stellen mündliche Fragen das geeignete Instrument dar. Liegt der hinterfragte Sachverhalt nur einige Stunden zurück, kann das Parlamentsmitglied eine dringende mündliche Frage stellen.

Die Frage und die jeweilige Antwort sind nachzulesen in den verschiedenen Ausgaben des „Bulletin der Interpellationen und Fragen“ (BIF). Sie werden ebenfalls auf der Website des Parlaments veröffentlicht.

## MÜNDLICHE FRAGEN

In der Sitzungsperiode 2018-2019 wurden 80 mündliche Fragen gestellt, allesamt in den öffentlichen Ausschüssen zur Regierungskontrolle.

Datum	Fragesteller	Fraktion	Gegenstand der Frage	Befragter Minister	Gremium	BIF
01.10.2018	C. Servaty	SP	Auswirkungen des nationalen Investitionsplans auf die Deutschsprachige Gemeinschaft	Paasch	AI	43
02.10.2018	M. Niessen	ECOLO	Sicherheit des elektronischen Wahlsystems bei den Gemeinde- und Provinzwahlen	Weykmans	AII	43
03.10.2018	E. Jadin	PFF	Weiterbildung der in der Kinderbetreuung tätigen Personen in Bezug auf die Betreuung von Kindern mit Beeinträchtigung	Antoniadis	AIV	43
03.10.2018	E. Jadin	PFF	Umsetzung der Demenzstrategie	Antoniadis	AIV	43
03.10.2018	C. Servaty	SP	Generationsbrücke	Antoniadis	AIV	43
03.10.2018	L. Klinkenberg	ProDG	Online-Portal zur Kinderbetreuung	Antoniadis	AIV	43
03.10.2018	F. Mockel	ECOLO	Energieversorgung in den Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen im Hinblick auf die zu erwartenden Engpässe in der Stromversorgung	Antoniadis	AIV	43
04.10.2018	G. Freches	PFF	Veranstaltungsreihe „Wirksam führen mit wertschätzender Schulleitung“	Mollers	AIII	43
04.10.2018	G. Freches	PFF	Zusammenarbeit zwischen dem IAWM und dem Arbeitsamt	Mollers	AIII	43
04.10.2018	K. Neycken-Bartholemy	SP	Diesjährige Aufnahmeprüfungen für angehende Medizin- und Zahnmedizinstudenten	Mollers	AIII	43
04.10.2018	M. Niessen	ECOLO	Zugang zur Ausbildung zum Kindergärtner	Mollers	AIII	43
06.11.2018	M. Niessen	ECOLO	Massenentlassungen in der Industriezone East Belgium Park	Weykmans	AII	44
06.11.2018	C. Servaty	SP	Geplante Schließung der Chocolaterie Jacques	Weykmans	AII	44
06.11.2018	C. Servaty	SP	Gemeinde- und Provinzwahlen 2018	Weykmans	AII	44
07.11.2018	R. Nelles	CSP	Radonwerte in Ostbelgien und deren Messung	Antoniadis	AIV	44
07.11.2018	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung	Antoniadis	AIV	44
08.11.2018	M. Niessen	ECOLO	Lehrerausbildung in der Französischen Gemeinschaft	Mollers	AIII	44
08.11.2018	K. Neycken-Bartholemy	SP	Sprachkurse für Schüler	Mollers	AIII	44
08.11.2018	K. Neycken-Bartholemy	SP	Situation der Kindergärtner, die im Primarschulwesen tätig sind	Mollers	AIII	44
08.11.2018	P. Schmitz	ProDG	Quotenregelung zur Zulassung zum Medizinstudium	Mollers	AIII	44
08.11.2018	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Radonwerte in Ostbelgien und deren Messung	Mollers	AIII	44
03.12.2018	K.-H. Lambertz	SP	Grenzüberschreitende Zusammenarbeit	Paasch	AI	45
05.12.2018	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Mobilitätshilfen	Antoniadis	AIV	45
05.12.2018	C. Servaty	SP	Aktuelle AIDS- und HIV-Zahlen	Antoniadis	AIV	45
05.12.2018	F. Mockel	ECOLO	Umsetzung der Zuständigkeit für das Wohnungswesen und diesbezügliche Einbeziehung der Feldakteure	Antoniadis	AIV	45
06.12.2018	G. Freches	PFF	Umgang mit Geld – ein Thema in den ostbelgischen Schulen ?!	Mollers	AIII	45
06.12.2018	G. Freches	PFF	Schule statt Rente	Mollers	AIII	45

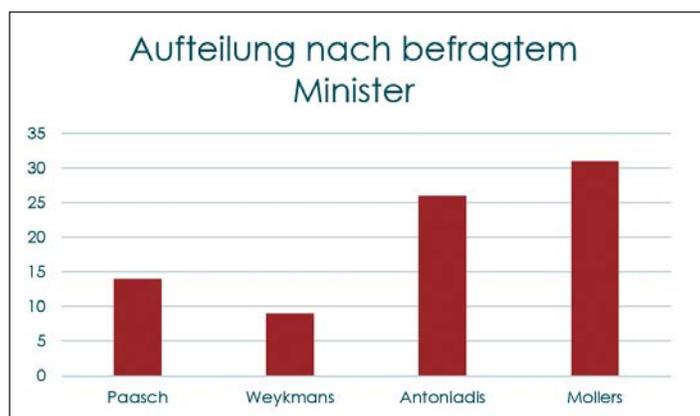
21.01.2019	F. Mockel	ECOLO	Die von der Wallonischen Region geplante Provinzreform	Paasch	AI	46
21.01.2019	L. Klinkenberg	ProDG	Drittes Umsetzungsprogramm des Regionalen Entwicklungskonzepts	Paasch	AI	46
21.01.2019	L. Klinkenberg	ProDG	Nutzung des ehemaligen ZAWM-Gebäudes	Paasch	AI	46
22.01.2019	C. Gentges	PFF	5G-Netz	Weykmans	AII	46
22.01.2019	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Weiterbildung der Gemeinderatsmitglieder	Weykmans	AII	46
23.01.2019	C. Servaty	SP	Finanzierung der Wohn- und Pflegezentren für Senioren	Antoniadis	AIV	46
24.01.2019	G. Freches	PFF	Aktueller Stand des PPP-Projekts in Bezug auf die Städtische Grundschule St. Vith	Mollers	AIII	46
24.01.2019	M. Niessen	ECOLO	Externe Prüfungen im Hausunterricht	Mollers	AIII	46
24.01.2019	K. Neycken-Bartholemy	SP	Burn-out-Prävention im Unterrichtswesen der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Mollers	AIII	46
24.01.2019	M. Niessen	ECOLO	Schülerproteste für den Klimaschutz	Mollers	AIII	46
11.02.2019	K.-H. Lambertz	SP	Finanz-Monitor der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Paasch	AI	47
11.02.2019	F. Mockel	ECOLO	Interreligiöser Dialog	Paasch	AI	47
11.02.2019	L. Klinkenberg	ProDG	Runder Tisch der Religionen	Paasch	AI	47
11.02.2019	A. Velz	ProDG	Fehlende Beachtung der Sprachengesetze in Belgien	Paasch	AI	47
11.02.2019	L. Klinkenberg	ProDG	Auswirkungen des Fachkräftemangels auf den Standort Ostbelgien	Paasch	AI	47
11.02.2019	L. Klinkenberg	ProDG	Zukunft des ESF-Programms in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Paasch	AI	47
13.02.2019	R. Nelles	CSP	Beihilfe der Wallonischen Region für Studentenwohnungen	Antoniadis	AIV	47
13.02.2019	F. Mockel	ECOLO	Finanzielle Unterstützung für Studenten, die in der Wallonie studieren	Antoniadis	AIV	47
13.02.2019	L. Klinkenberg	ProDG	Eröffnung der Kinderkrippe Hergenrath	Antoniadis	AIV	47
13.02.2019	G. Völl	CSP	Anapathologisches Labor des St.-Nikolaus-Hospitals Eupen	Antoniadis	AIV	47
13.02.2019	E. Jadin	PFF	Geplantes zweites Seniorendorfhaus	Antoniadis	AIV	47
13.02.2019	C. Servaty	SP	WHO-Bürgergipfel in Eupen	Antoniadis	AIV	47
14.02.2019	S. Pauels	CSP	Erlangung der Lehrbefähigung	Mollers	AIII	47
14.02.2019	G. Freches	PFF	Interreg-Projekt „www.EUR.Friends“ und euregionale Mobilität in der Aus- und Weiterbildung	Mollers	AIII	47
14.02.2019	G. Freches	PFF	Abschaffung der Weihnachtsprüfungen in der ersten Stufe des Sekundarunterrichts des Gemeinschaftsunterrichtswesen	Mollers	AIII	47
14.02.2019	M. Niessen	ECOLO	Erhebung der Schulbesuchskosten durch den Bund der Familien	Mollers	AIII	47
11.03.2019	K.-H. Lambertz	SP	Anerkennung von Berufsqualifikationen für den Zugang zum öffentlichen Dienst der Wallonie	Paasch	AI	48
11.03.2019	L. Klinkenberg	ProDG	Geoblocking	Paasch	AI	48
12.03.2019	P. Creutz-Vilvoye	CSP	E-Sports	Weykmans	AII	48
12.03.2019	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Raerener Bahnhof	Weykmans	AII	48
13.03.2019	J. Franssen	CSP	Finanzierung des Infrastrukturprojekts von Vivas und der Klinik St. Josef	Antoniadis	AIV	48

13.03.2019	J. Franssen	CSP	Investitionsbedarf und Finanzierung des Wohnparks der öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Antoniadis	AIV	48
13.03.2019	G. Freches	PFF	Öffnungszeiten des Dienstes für Familienleistungen in St. Vith	Antoniadis	AIV	48
13.03.2019	C. Servaty	SP	Masernprävention in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Antoniadis	AIV	48
14.03.2019	G. Freches	PFF	Schnuppertage an der Universität Lüttich	Mollers	AIII	48
14.03.2019	P. Schmitz	ProDG	Senkung des Schulpflichtalters	Mollers	AIII	48
14.03.2019	S. Houben-Meessen	CSP	Schulpflicht	Mollers	AIII	48
14.03.2019	S. Pauels	CSP	Stundenspanne	Mollers	AIII	48
14.03.2019	S. Houben-Meessen	CSP	Brückenstudium an der Autonomen Hochschule	Mollers	AIII	48
14.03.2019	K. Neycken-Bartholemy	SP	Schulrückstand in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Mollers	AIII	48
14.03.2019	A. Mertes	VIVANT	Gebrauch von Ohrenschützern im Unterricht	Mollers	AIII	48
08.04.2019	K.-H. Lambertz	SP	Neue Bevölkerungsprognosen des Föderalen Planbüros für den Zeitraum 2018-2070	Paasch	AI	49
09.04.2019	C. Gentges	PFF	Arbeitslosen- und Beschäftigungsquoten in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Weykmans	AII	49
10.04.2019	R. Nelles	CSP	Geriatric im St. Vith Krankenhaus	Antoniadis	AIV	49
10.04.2019	L. Scholzen	ProDG	Aufwertung des Pflegepersonals	Antoniadis	AIV	49
10.04.2019	F. Mockel	ECOLO	Studie zur „Integrierten Gesundheitsversorgung“	Antoniadis	AIV	49
10.04.2019	C. Servaty	SP	„Zecken-Kampagne“ der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Antoniadis	AIV	49
10.04.2019	C. Servaty	SP	Masterplan für die künftige Gestaltung der stationären Gesundheitsversorgung und Seniorenhilfe in der Eifel	Antoniadis	AIV	49
11.04.2019	G. Freches	PFF	Elektronische Akte des Dienstes Kaleido Ostbelgien	Mollers	AIII	49
11.04.2019	G. Freches	PFF	Erhebung der Fehlstunden bzw. – Unterrichtsausfälle in den Sekundarschulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Mollers	AIII	49
11.04.2019	M. Niessen	ECOLO	Anlaufstelle „Wissenschaft für Ostbelgien“	Mollers	AIII	49
11.04.2019	S. Pauels	CSP	Aufwertung des Lehrerberufs	Mollers	AIII	49
11.04.2019	K. Neycken-Bartholemy	SP	Ausbildungsangebote für Mädchen	Mollers	AIII	49

Aufteilung nach Fraktionen



Aufteilung nach befragtem Minister



Fraktion Fragensteller	Fraktion befragter Minister	pro Fraktion	Insg.
CSP	Paasch (ProDG)	0	
CSP	Weykmans (PFF)	3	
CSP	Antoniadis (SP)	8	
CSP	Mollers (ProDG)	6	17
ECOLO	Paasch (ProDG)	2	
ECOLO	Weykmans (PFF)	2	
ECOLO	Antoniadis (SP)	4	
ECOLO	Mollers (ProDG)	6	14
ProDG	Paasch (ProDG)	7	
ProDG	Weykmans (PFF)	0	
ProDG	Antoniadis (SP)	3	
ProDG	Mollers (ProDG)	2	12

PFF	Paasch (ProDG)	0	
PFF	Weykmans (PFF)	2	
PFF	Antoniadis (SP)	4	
PFF	Mollers (ProDG)	10	16
SP	Paasch (ProDG)	5	
SP	Weykmans (PFF)	2	
SP	Antoniadis (SP)	7	
SP	Mollers (ProDG)	6	20
VIVANT	Paasch (ProDG)	0	
VIVANT	Weykmans (PFF)	0	
VIVANT	Antoniadis (SP)	0	
VIVANT	Mollers (ProDG)	1	1
<b>Total</b>			<b>80</b>

## SCHRIFTLICHE FRAGEN

In der Sitzungsperiode 2018-2019 wurden 55 schriftliche Fragen gestellt.

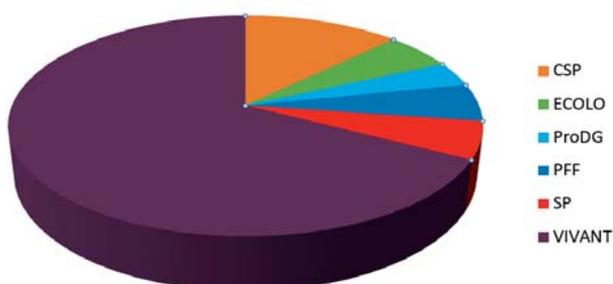
Frage Nr.*	Datum	Fragesteller	Fraktion	Thema	Befragter Minister	Antwort	BIF
304	17.09.2018	M. Balter	VIVANT	Häufung von Allergien	Antoniadis	19.10.2018	43
305	18.09.2018	M. Balter	VIVANT	Nachfrage zur schriftlichen Frage Nr. 297 zur Interpellation vom 13.06.2018 zum Anstieg der Zahl von Hautkrebserkrankungen und zum diesbezüglichen Einfluss von Sonnenschutzmitteln und Vitamin D	Antoniadis	19.10.2018	43
306	18.09.2018	M. Balter	VIVANT	Nachfrage zur schriftlichen Frage Nr. 155 zu Chlamydien und sexuell übertragbaren Krankheiten	Antoniadis	17.10.2018	43
307	19.09.2018	M. Balter	VIVANT	Handyverbot in Schulen	Mollers	19.10.2018	43
308	24.09.2018	M. Balter	VIVANT	Feinstaubwerte in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Antoniadis	31.10.2018	43
309	24.09.2018	M. Balter	VIVANT	Trainerausbildung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Weykmans	31.10.2018	43
310	25.09.2018	M. Balter	VIVANT	Mitfahrbank Ostbelgien	Antoniadis	31.10.2018	43
311	27.09.2018	M. Niessen	ECOLO	Förderung von Schülern mit mangelhaften Deutschkenntnissen	Mollers	31.10.2018	43
312	28.09.2018	M. Balter	VIVANT	Informationsblatt „Bürgerinfo“ der Gemeinde Büllingen	Weykmans	31.10.2018	43
313	02.10.2018	M. Balter	VIVANT	Institut „Wissenschaft für Ostbelgien“ (WifO)	Mollers	08.11.2018	44
314	02.10.2018	M. Balter	VIVANT	Suizidgefährdung	Antoniadis	08.11.2018	44
315	09.10.2018	M. Balter	VIVANT	Sicherheit auf dem Schulweg	Mollers	13.11.2018	44
316	09.10.2018	M. Balter	VIVANT	Tage des offenen Denkmals in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Weykmans	14.11.2018	44
317	09.10.2018	M. Balter	VIVANT	Nachfrage zur schriftlichen Frage 301 zu den Auswirkungen endokriner Disruptoren im Hinblick auf den sinkenden IQ der Menschheit	Antoniadis	14.11.2018	44

318	10.10.2018	M. Balter	VIVANT	Digitale Endgeräte in den Regierungskabinetten und im Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Paasch	14.11.2018	44
319	18.10.2018	M. Balter	VIVANT	Nachfrage zur schriftlichen Frage Nr. 257 zur Anlegung eines Radwegs entlang der Aachener Straße Richtung deutsche Grenze	Weykmans	28.11.2018	44
320	19.10.2018	C. Servaty	SP	Präventionsplan gegen Kindesmisshandlung	Antoniadis	29.11.2018	44
321	22.10.2018	P. Knops	CSP	Übernachtungszahlen im Tourismusbereich in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Weykmans	28.11.2018	44
322	30.10.2018	L. Frank	CSP	Fremdsprachenunterricht und Diplomanerkennung	Mollers	06.12.2018	44
323	31.10.2018	P. Knops	CSP	Beschäftigungszahlen in Bezug auf Schulabgänger	Weykmans	05.12.2018	44
324	07.11.2018	C. Servaty	SP	Ehrentitel für Präsidenten und Ratsmitglieder der Öffentlichen Sozialhilfezentren sowie für Gemeindeverordnete in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Antoniadis	03.12.2018	44
325	22.11.2018	M. Balter	VIVANT	Nachfrage zur schriftlichen Frage Nr. 249 zum Konsum von Schlaftabletten	Antoniadis	03.01.2019	45
326	27.11.2018	A. Mockel	ECOLO	Note bezüglich der Verbesserung der grenzüberschreitenden Mobilität	Paasch	20.12.2018	45
327	29.11.2018	A. Mertes	VIVANT	Filter- und Desinfektionsmethoden in den Frei- und Hallenbädern auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Weykmans	11.01.2019	45
328	29.11.2018	M. Balter	VIVANT	Nachfrage zur schriftlichen Frage Nr. 237 zur Zunahme der Fälle von Burn-out bei Eltern	Antoniadis	10.01.2019	45
329	29.11.2018	E. Jadin	PFF	Zecken-Kampagne in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Antoniadis	27.12.2018	45
330	14.12.2018	M. Balter	VIVANT	Fuhrpark der Regierung und des Ministeriums	Paasch	29.01.2019	46
331	14.12.2018	M. Balter	VIVANT	Höhe der Pressebeihilfen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und sonstiger Ausgaben in diesem Bereich im Zeitraum vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Oktober 2018	Paasch	30.01.2019	46
332	17.12.2018	E. Jadin	PFF	Solidarwirtschaft	Antoniadis	29.01.2019	46
333	17.12.2018	E. Jadin	PFF	Interreg-V-Projekt „Social Norm Approach“ und Thematik „Sucht im Alter“	Antoniadis	30.01.2019	46
334	20.12.2018	M. Niessen	ECOLO	Möglichkeit, die an der AHS angebotenen Kurse zum Erhalt der Lehrbefähigung im Rahmen des Systems des bezahlten Bildungsurlaubs anzuerkennen	Mollers	30.01.2019	46
335	07.01.2019	M. Balter	VIVANT	Besuche in hiesigen Betrieben durch die Ministerin	Weykmans	11.02.2019	47
336	09.01.2019	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Ausgaben für Werbung und Dokumentation über das neue Kindergeldsystem	Antoniadis	13.02.2019	47
337	15.01.2019	M. Mertes	VIVANT	AGORA Theater	Weykmans	19.02.2019	47
338	16.01.2019	M. Balter	VIVANT	Archäologische Funde, die von Bürgern der Deutschsprachigen Gemeinschaft gemacht wurden	Weykmans	20.02.2019	47
339	30.01.2019	M. Balter	VIVANT	Interreg-Projekt „EMR Connect“	Paasch	01.03.2019	47
340	31.01.2019	M. Balter	VIVANT	Tätigkeit der Kanzlei in den Jahren 2017 und 2018	Paasch	26.02.2019	47
341	07.02.2019	S. Pauels	CSP	Stundenspanne	Mollers	15.03.2019	48
342	07.02.2019	M. Balter	VIVANT	Zahnpflege der Jugendlichen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Antoniadis	14.03.2019	48

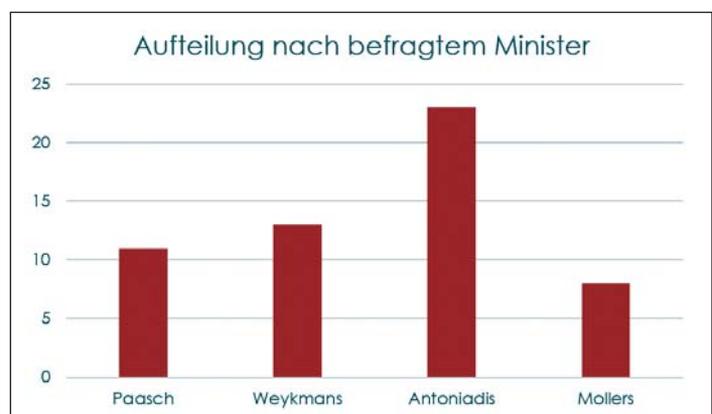
343	07.02.2019	L. Klinkenberg	ProDG	Ostbelgische Sozialbetriebe	Antoniadis	14.03.2019	48
344	07.02.2019	J. Franssen	CSP	Direkte und indirekte Kosten der Entwicklung und Implementierung der Standortmarke Ostbelgien	Paasch	13.03.2019	48
345	13.02.2019	M. Balter	VIVANT	Zunahme von Todesfällen im Zusammenhang mit Antibiotikaresistenzen	Antoniadis	25.03.2019	48
346	14.03.2019	A. Mertes	VIVANT	Einführung des Mobilfunkstandards 5G	Weykmans	16.04.2019	49
347	19.03.2019	K. Neycken-Bartholemy	SP	Musikakademie	Mollers	19.04.2019	49
348	19.03.2019	M. Balter	VIVANT	Nutzung des Klosters Heidberg im Jahr 2018	Weykmans	19.04.2019	49
349	19.03.2019	M. Balter	VIVANT	Schlafprobleme von Kindern	Antoniadis	19.04.2019	49
350	19.03.2019	M. Balter	VIVANT	Nachfrage zur schriftlichen Frage Nr. 263 zur Einbeziehung der frankofonen Nachbargemeinden in die Standortmarke „Ostbelgien“	Paasch	19.04.2019	49
351	01.04.2019	R. Nelles	CSP	Studien, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Auftrag gegeben worden sind	Paasch	06.05.2019	49
352	02.04.2019	M. Balter	VIVANT	Nachfrage zur schriftlichen Frage Nr. 318 zum Ankauf von digitalen Endgeräten für die Regierungskabinette, das Ministerium und die öffentlichen Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Paasch	06.05.2019	49
353	04.04.2019	L. Klinkenberg	ProDG	Integrierter Energie- und Klimaplan für die Deutschsprachige Gemeinschaft	Paasch	13.05.2019	49
354	15.04.2019	M. Balter	VIVANT	Nachfrage zur schriftlichen Frage Nr. 71 zur Ernährung in Altenheimen	Antoniadis	24.05.2019	49
355	15.04.2019	M. Balter	VIVANT	Kampagne „Vorsicht Zucker! Vorsicht Zusatzstoffe! Weniger ist mehr ...“	Antoniadis	24.05.2019	49
356	15.04.2019	M. Balter	VIVANT	Medikamentenkonsum von älteren Personen und Krebspatienten im Endstadium	Antoniadis	24.05.2019	49
357	15.04.2019	M. Balter	VIVANT	Nachfrage zur schriftlichen Frage Nr. 302 zu den staatlich subventionierten neuen Arbeitsplätzen	Weykmans	24.05.2019	49
358	15.04.2019	M. Balter	VIVANT	Nachfrage zur schriftlichen Frage Nr. 306 zu sexuell übertragbaren Krankheiten	Antoniadis	24.05.2019	49

\*Die Nummerierung der Fragen beginnt mit der Legislaturperiode.

Aufteilung nach Fraktionen



Aufteilung nach befragtem Minister



Fraktion Fragensteller	Fraktion befragter Minister	pro Fraktion	Insg.
CSP	Paasch (ProDG)	2	
CSP	Weykmans (PFF)	2	
CSP	Antoniadis (SP)	1	
CSP	Mollers (ProDG)	2	7
<hr/>			
ECOLO	Paasch (ProDG)	1	
ECOLO	Weykmans (PFF)	0	
ECOLO	Antoniadis (SP)	0	
ECOLO	Mollers (ProDG)	2	3
<hr/>			
ProDG	Paasch (ProDG)	1	
ProDG	Weykmans (PFF)	0	
ProDG	Antoniadis (SP)	1	
ProDG	Mollers (ProDG)	0	2

PFF	Paasch (ProDG)	0	
PFF	Weykmans (PFF)	0	
PFF	Antoniadis (SP)	3	
PFF	Mollers (ProDG)	0	3
<hr/>			
SP	Paasch (ProDG)	0	
SP	Weykmans (PFF)	0	
SP	Antoniadis (SP)	2	
SP	Mollers (ProDG)	1	3
<hr/>			
VIVANT	Paasch (ProDG)	7	
VIVANT	Weykmans (PFF)	11	
VIVANT	Antoniadis (SP)	16	
VIVANT	Mollers (ProDG)	3	37
<hr/>			
<b>Total</b>			<b>55</b>

## THEMENDEBATTEN

Themendebatten bieten die Möglichkeit, eine parlamentarische Diskussion über bestimmte Themen von allgemeinem Interesse zu führen. Die Regierung kann sich an

der Debatte beteiligen, ist aber – im Gegensatz zu den anderen Kontrollinstrumenten – nicht dazu verpflichtet. 2018-2019 hat keine Themendebatte stattgefunden.

# PARLAMENT ALS OFFENES HAUS

Das Parlament ist das Haus der Bürgerinnen und Bürger. Jeder kann das Parlament besuchen und die Arbeiten auf transparente Weise mitverfolgen. In dieser Hinsicht wurde das Angebot in der Legislaturperiode 2014–2019 erweitert. Neben den Plenarsitzungen sind nun auch die Ausschusssitzungen zur Regierungskontrolle und zur Anhörung von Experten öffentlich. Sie finden im Plenarsaal statt und stehen für Publikum offen. Darüber hinaus bemüht sich das Parlament, die parlamentarische Arbeit noch anschaulicher darzustellen. So wurde das Informationsangebot auf Ebene der neuen Medien nochmals erweitert. Ähnliches trifft auf die Parlamentsbibliothek zu, die nicht nur für Abgeordnete zugänglich ist, sondern auch für Studierende und Bürger. Darüber hinaus werden im Parlament Besuchergruppen und Schüler gerne empfangen, ebenso Gäste aus anderen Parlamenten oder Institutionen. Nicht zuletzt gilt das Parlament auch als Veranstaltungsort. Wir bieten ein Forum für die unterschiedlichsten Themen.

## PARLAMENTSBIbliothEK

### ein parlamentarischer Informationsdienst

Die Parlamentsbibliothek hat als Dienstleistungsangebot der Parlamentsverwaltung für die politischen Entscheidungsträger, die Behördenmitarbeiter und für die Öffentlichkeit auch während der Sitzungsperiode 2018–2019 ihre Bestände in den Bereichen Politik, Parlamentarismus, Staatswissenschaften, Verfassungsrecht, Föderalismus, Autonomie und politische Bildung kontinuierlich erweitert.

Eine Bibliotheksrecherche ist vor Ort oder online möglich über die Website des Bibliotheksverbunds MediaDG ([www.mediadg.be](http://www.mediadg.be)).

Weiterführende Informationen bietet auch die eigene Homepage (<http://bibliothek.pdg.be>).

## SCHRIFTENREIHE DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT BELGIENS

Im Rahmen der Aufwertung der parlamentarischen Arbeit gibt das Parlament seit einigen Jahren eine Schriftenreihe heraus. Dadurch möchte es aktiv zur regional verankerten Föderalismusforschung beitragen und die Veröffentlichung von politik-, rechts-, verwaltungs- und gesellschaftswissenschaftlichen Studien und Fachbeiträgen unterschiedlichster Prägung fördern.



Die Schriftenreihe möchte sowohl den wissenschaftlichen Diskurs als auch die politische und rechtliche Praxis dokumentieren sowie zur politischen Diskussion und Reflexion anregen.

Weitere Bände wurden in der Sitzungsperiode 2018–2019 veröffentlicht:

Band 8 – Sparpolitik und Investitionskapazität – Gesellschaftspolitisches Thema des Ausschusses I für allgemeine Politik, Petitionen, Finanzen und Zusammenarbeit des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens (Ed. 2018)

Band 9 – Mögliche Szenarien einer Staatsreform nach 2019 – Analysen und Perspektiven im aktuellen belgischen Kontext, Beiträge zum Kolloquium vom 13. April 2018 im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft (Ed. 2019)

Band 10 – Les frontières de l'école – Défis du présent et du futur / Die Grenzen der Schule – Herausforderungen von heute und morgen, Heidelberg Think Tank Ideenforum Ostbelgien (Ed. 2019)

Band 11 – Der nichtkommerzielle Sektor in der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Fokus auf die Solidarwirtschaft – Gesellschaftspolitisches Thema des Ausschusses IV für Gesundheit und Soziales des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens (Ed. 2019)

Band 12 – Nachhaltiges Wachstum, Regionalwirtschaft und ländliche Entwicklung – Gesellschaftspolitisches Thema des Ausschusses II für Kultur, lokale Behörden, Beschäftigung und Wirtschaftsförderung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens (Ed. 2019)

## VERANSTALTUNGEN

Das Parlament als Haus der Bürgerinnen und Bürger öffnet sich seit 2013 vermehrt für Veranstaltungen unterschiedlichster Art. Besonders etabliert sind Matinee-Veranstaltungen und Themenabende, die darauf abzielen, aktuelle Debatten und Ereignisse in den Vordergrund zu rücken.

### 04.04.2019 – #Youthforclimate

Etwa 50 Jugendliche hatten sich im Parlament zusammengefunden, um über die Herausforderungen des Klimawandels auszutauschen. Vor dem Hintergrund anhaltender Jugendproteste wollte das Parlament den jungen Menschen in Ostbelgien ein Forum bieten, um ihre Anliegen zu formulieren. Die Politiker hörten zu.

Eine Folgeveranstaltung im Herbst 2019 soll den Dialog zwischen Jugend und Politik verstärken.



### 20.03.2019 – Frauen und Politik

„Aus dem Schatten in die erste Reihe“ lautete der Untertitel der Podiumsdiskussion zum politischen Engagement von Frauen. Ehemalige Politikerinnen, Neueinsteigerinnen und erfahrene Mandatarinnen tauschten über ihre Erfahrungen mit der Politik aus.

### 17.01.2019 – Kolloquium

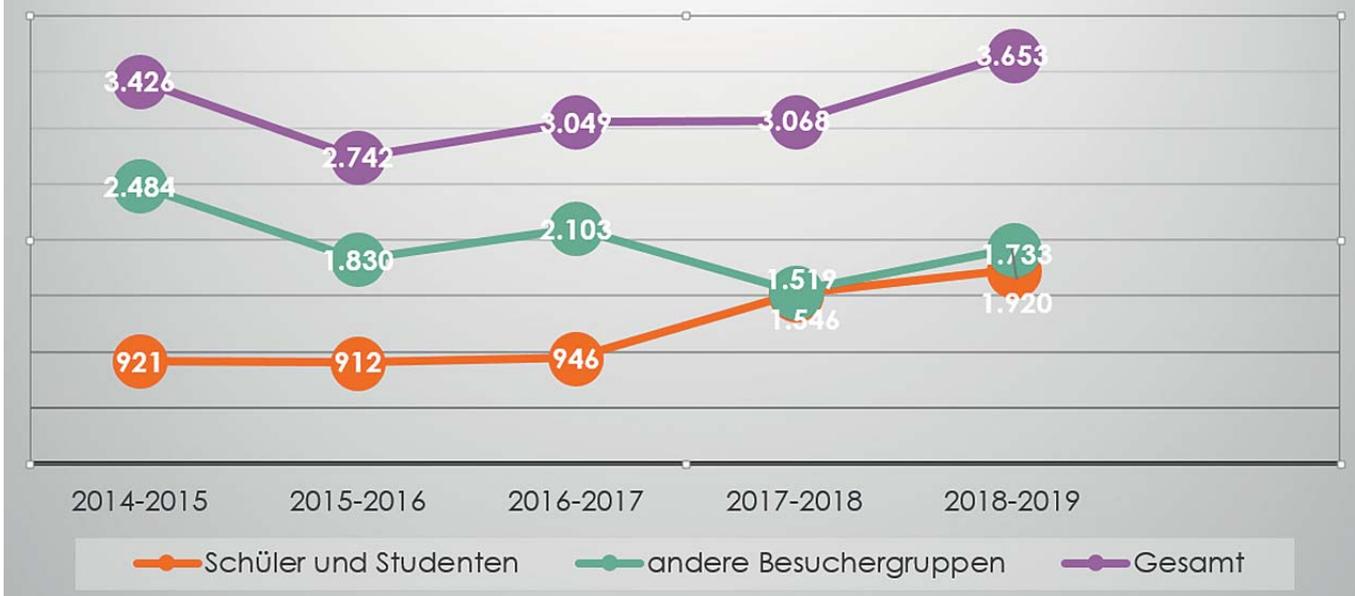
100 Jahre nach der Pariser Friedenskonferenz beleuchtete das Parlament in einem spannenden Kolloquium die Situation von vier Regionen, die nach Ende des Ersten Weltkriegs ein besonderes Statut erhielten: Åland-Inseln – Elsass – Südtirol – Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens. Es wurden spannende Vergleiche gezogen.

### 18.11.2018 – Ende Erster Weltkrieg

Dr. Herbert Ruland referierte in einer Matinee über das Schicksal der Menschen in den Grenzräumen Eupen-Malmedy in den Jahren 1918 bis 1925. Untermalt wurde der Vortrag von Bildern und Illustrationen mit regionalem Bezug. Die Matinee reiht sich ein in eine Veranstaltungsfolge rund um den Nationalitätenwechsel der Region.



## Besuchergruppen in der Legislaturperiode 2014-2019



### 12.10.2018 – Massenerschießungen im Ersten Weltkrieg

Die Ausstellung „Massenerschießungen – der Fall Karl Pütz. Vom Jugendleiter in Eupen-Malmedy zum Massenmörder“, zu sehen im Alten Schlachthof in Eupen, wurde mit einer Matinee im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft eröffnet. Das Zentrum für Ostbelgische Geschichte organisierte eine Podiumsdiskussion mit Historikern und beleuchtete Fragen zu Eupen-Malmedy im Dritten Reich.

### 10.10.2018 – Weltlehrertag

Es ist schon eine Tradition, dass der Ausschuss für Unterricht des Parlaments gemeinsam mit der Autonomen Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zum Weltlehrertag eine Veranstaltung organisiert. 2018 referierte Professor Dr. Andreas Schleicher, PISA-Koordinator, zum Thema „Lernen für die Welt von morgen“.

## BESUCHER UND GÄSTE

### Besucher- und Schülergruppen

Zahlreiche Gruppen, die Ostbelgien besuchen, machen einen Abstecher ins Parlament. Die Programme werden an die Bedürfnisse jeder Gruppe angepasst, um zu gewährleisten, dass die Besucher eine interaktive, aber auch instruktive Zeit im Parlament erleben.

In der vergangenen Legislaturperiode besichtigen mehr als 15.000 Menschen das Parlament.

Von September 2018 bis Ende August 2019 haben circa 3.650 Menschen das Parlament besucht. Dies stellt wiederum eine deutliche Steigerung im Vergleich zum Vorjahr dar.

Die Animationen für Schulgruppen und Studierende sind ein wichtiger Eckpfeiler im Besucherangebot des Parlaments. Hier sind die Zahlen, im Vergleich zum Vorjahr, nochmal deutlicher gestiegen. Insgesamt nahmen 1.733 Schüler und Studenten – d. h. ungefähr die Hälfte der Besucher – an den Animationen teil. 959 Schüler und Studenten kamen aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft, 481 aus dem Rest des Landes und weitere 293 kamen aus dem Ausland.

Neben den Besuchergruppen nahmen auch rund 750 Bürgerinnen und Bürger an weiteren Veranstaltungen teil.

### Dialogklassen

„Dialogklassen“ heißt ein Projekt des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft und des Rates der Flämischen Gemeinschaftskommission Brüssel, bei dem es darum geht, Jugendliche aus beiden Gemeinschaften zusammenzubringen. Am Donnerstag, 25. April und Freitag, 26. April 2019 trafen sich Schülerinnen und Schüler der Bischöflichen Schule St. Vith und des Athenäum Karel Buls aus Laeken im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft zum Dialog über aktuelle politische Fragen.



Die Schüler arbeiteten in gemischten Gruppen verschiedene Fragen und Anregungen aus, so u. a. zu Themen wie Ausbildung, Sicherheit oder auch Umwelt.

Auffällig war, dass von fast allen Teilnehmern der Wunsch nach mehr Zusammenarbeit zwischen den Sprachengruppen geäußert wurde.

Parlamentspräsident Alexander Miesen und die Abgeordneten Patricia Creutz-Vilvoye und Alfons Velz sowie die Verwaltungschefin des Rates der Flämischen Gemeinschaftskommission Brüssel, Patricia Coppens, stellten sich den Fragen der Jugendlichen. Diese zögerten nicht, die Politiker in der Fragestunde mit kritischen Anmerkungen zu konfrontieren und ihre Vorstellungen zur Sprache zu bringen.

### **Besondere Gäste im Parlament**

Auch in der vergangenen Sitzungsperiode konnten im Parlament einige ranghohe Gäste begrüßt werden:

- 2. April 2019: Martin Kotthaus, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland
- 27. Februar 2019: Stefanie Drese, Ministerin für Soziales, Integration und Gleichstellung in der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern
- 31. Januar 2019: General Marc Comperol, Generalstabschef, und General Jan Hennes, Generaldirektor Human Resources der Streitkräfte
- 10. Dezember 2018: Stephan Toscani, Präsident des Saarländischen Landtags

- 13. November 2018: Dr. Matthias Rössler, Präsident des Sächsischen Landtags
- 31. Oktober 2018: Dr. Wolfgang Dippel, Staatssekretär im Hessischen Ministerium für Soziales und Integration
- 26. Oktober 2018: Koen Lenaerts, Präsident des Gerichtshofs der Europäischen Union
- 25. September 2018: Rainer Albrecht, Vorsitzender des Energieausschusses des Landtags Mecklenburg-Vorpommern, und Mitglieder des Ausschusses

Nicht unerwähnt bleiben darf die Anwesenheit Seiner Majestät König Philippe und weiterer Gäste bei der Eröffnungssitzung des Festjahres 2019-2020 zur 100-jährigen Zugehörigkeit der Region zum Königreich Belgien, die am 18. Januar 2019 stattfand. Bis 2020 werden verschiedene Veranstaltungen auf die geschichtliche Entwicklung der Region eingehen.

# PARLAMENT INTERREGIONAL UND INTERNATIONAL

## ZUSAMMENARBEIT DER PARLAMENTE IN BELGIEN

### Die Konferenz der belgischen Parlamentspräsidenten

In regelmäßigen Abständen treffen sich die Präsidenten der Abgeordnetenkammer, des Senats und der verschiedenen Regional- und Gemeinschaftsparlamente, um über die Zusammenarbeit in parlamentarischen Fragen zu beraten. In der Sitzungsperiode 2018-2019 fand eine derartige Konferenz in Namur statt.

Im Rahmen dieser Versammlungen wurden in erster Linie Fragen zum Statut der Parlamentarier und zur parlamentarischen Arbeitsweise besprochen: Harmonisierung der Regelung zu den Austrittsentschädigungen und zur parlamentarischen Pensionsregelung, Einführung eines Sozialstatuts für Parlamentarier, Vorgehensweise bei Anfragen zur Aufhebung der parlamentarischen Immunität, Vertretung der verschiedenen Parlamente in internationalen Gremien usw.

Im Hinblick auf die Parlamentswahlen vom 26. Mai 2019 vereinbarten die Parlamentspräsidenten darüber hinaus gemeinsame Verhaltensregeln, die den Ministern und den Parlamentspräsidenten während der Vorwahlzeit eine gewisse Zurückhaltung bei öffentlichen Mitteilungen auferlegen. Dazu wurden zwei Zusammenarbeitsprotokolle unterzeichnet. Ein weiteres Protokoll regelt die einheitliche Auslegung der Gesetzgebung über die Wahlausgaben.

### Interparlamentarischer Dialog zur Klimapolitik

Im Januar 2017 trafen sich erstmals Vertreter aller gliedstaatlichen Parlamente, um über mögliche bzw. notwendige Zusammenarbeit auszutauschen. Bei diesem Treffen wurde u. a. vorgeschlagen, einen interparlamentarischen Dialog unter Regionalparlamenten, Vertretern der Kammer sowie des Senats zur Klimapolitik zu organisieren. Auch das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft beteiligte sich an diesem Dialog.

Zur Vorbereitung der im Dezember 2018 in Kattowitz organisierten 24. UN-Klimakonferenz fanden weitere interparlamentarische Treffen statt. Im Juli 2018 einigten sich die Vertreter der einzelnen Parlamente auf einen gemeinsamen Resolutionsvorschlag zur Klimapolitik Bel-

giens. Dieser Text wurde anschließend von allen beteiligten belgischen Parlamenten verabschiedet und als Empfehlung an die föderale Regierung sowie an die gliedstaatlichen Regierungen weitergeleitet.

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft verabschiedete die Resolution am 19. November 2018.

## INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT VON PARLAMENTEN

### IPR

Der Interregionale Parlamentarierrat der Großregion, IPR, wurde am 16. Februar 1986 von den Präsidenten der Parlamente der Großregion gegründet. Vertreten sind die französische Region „Grand Est“, Luxemburg, Rheinland-Pfalz, das Saarland sowie Wallonien und, seit 2007, die Französische Gemeinschaft Belgiens und die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens.

Ziel des IPR ist es:

- die ökonomische, soziale und kulturelle Rolle der Großregion durch enge Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Regionen zu fördern,
- zu einer Perspektive der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den Kompetenzbereichen der einzelnen Regionen beizutragen.

Die Mitglieder des IPR kommen jährlich zweimal zu Plenarsitzungen zusammen, um über Themen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu beraten und um Empfehlungen anzunehmen, die von den Arbeitsausschüssen des IPR vorgelegt und anschließend an die Exekutiven weitergeleitet werden.

Unter dem Vorsitz des luxemburger Parlamentspräsidenten, Mars Di Bartolomeo, versammelten sich die Mitglieder des IPR am 7. Dezember 2018, um folgende Empfehlungen zu diskutieren und zu verabschieden:

- Empfehlung über den Bahnverkehr in der Großregion;
- Empfehlung zur digitalen Zivilcourage;
- Empfehlung über die Fortführung der Beratungen über die Förderung der Mehrsprachigkeit, hier Interreg-Projekt SESAM'GR;

- Empfehlung über das Projekt eines neuen Modells einer grenzüberschreitenden weiterführenden Schule für Attert (Provinz Luxemburg) in Belgien;
- Empfehlung zum Thema Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft in der Großregion.

Unter dem Vorsitz des saarländischen Landtagspräsidenten, Stephan Toscani, versammelten sich die Mitglieder des IPR am 28. Juni 2019, um folgende Empfehlungen zu diskutieren und zu verabschieden:

- Empfehlung zum beschleunigten Ausbau der Wasserstraße Mosel und zur Abschaffung der Schifffahrtsabgaben auf diesem Gewässer;
- Empfehlung zur Gewährleistung eines friedlichen Zusammenlebens in der Großregion durch Verbesserung der grenzüberschreitenden Ausbildung der Polizei in der Großregion;
- Empfehlung zu den Herausforderungen und Veränderungen des grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes durch die Ausbildung von Fachkräften.

Die Empfehlungen werden im Hinblick auf ihre Umsetzung an die jeweiligen Regierungen der Partnerregionen übermittelt.

Die integralen Texte der Empfehlungen findet man auf der Website des IPR, [www.cpi-ipr.com](http://www.cpi-ipr.com).

## EUREGIO MAAS-RHEIN

Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist seit 1992 eine Partnerregion der Euregio „Maas-Rhein“. Zu diesem grenzüberschreitenden Zweckverband gehören außerdem die belgischen Provinzen Lüttich und Limburg, die niederländische Provinz Limburg sowie der Zweckverband – Region Aachen.

Um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu vertiefen und weiterzuentwickeln, wurde im Laufe des Jahres 2018 beschlossen, auf der Grundlage der EU-Verordnung Nr. 1082/2006 einen sogenannten Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit „Euregio Maas-Rhein“ (EVTZ) zu gründen, der die bisherige Struktur – eine Stiftung niederländischen Rechts – ersetzt.

Gemäß Artikel 4 der Gründungsübereinkunft besteht die Kernaufgabe des EVTZ Euregio Maas-Rhein darin, die Zusammenarbeit zwischen den Partnerregionen zu erleichtern und zu intensivieren zugunsten einer ausgewogenen und nachhaltigen Entwicklung des Raumes ohne Binnengrenzen und zur Erleichterung des Alltags seiner Bürgerinnen und Bürger in allen Lebenslagen.

Die wichtigsten Entscheidungen des Verbunds werden von einer Generalversammlung getroffen, die sich aus Vertretern der einzelnen Partnerregionen zusammensetzt. Die Deutschsprachige Gemeinschaft entsendet sieben stimmberechtigte und zwei beratende Mitglieder in die Versammlung des EVTZ.

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft legte am 11. Dezember 2018 das Verfahren zur Bezeichnung dieser Vertreter fest: Vier der stimmberechtigten Vertreter werden vom Parlament aus seiner Mitte gewählt, zwei stimmberechtigte Vertreter bezeichnet die Regierung und den letzten stimmberechtigten Vertreter die Bürgermeisterkonferenz der neun Gemeinden des deutschen Sprachgebiets. Die zwei beratenden Mitglieder werden von den im Wirtschafts- und Sozialrat vertretenen Sozialpartnern bestimmt.

Die Generalversammlung der Euregio Maas-Rhein trat zum ersten Mal am 4. April 2019 zusammen. Sie verabschiedete die interne Geschäftsordnung, genehmigte das Arbeitsprogramm sowie den Haushaltsplan für das Jahr 2019 und legte den Verwendungszweck der Fördermittel aus dem EMR-Fonds fest. Darüber hinaus verabschiedete die Versammlung eine Resolution zur Ausweitung des Grenzlandzugs zwischen Maastricht und Lüttich.

## BENELUX-PARLAMENT

Das Benelux-Parlament ist eines der fünf Gremien der Benelux-Union (neben Ministerrat, Rat der hohen Beamten, Generalsekretariat und Gerichtshof).

Er ist ein beratendes Organ und kann in diesem Sinne informierend, beratend und stimulierend auf den entscheidungsbefugten Ministerrat einwirken.

Dazu kann er Stellungnahmen oder Empfehlungen zu folgenden Themenbereichen an die drei Regierungen der Mitgliedsländer richten:

- Verwirklichung und Arbeitsweise der Wirtschaftsunion zwischen den drei Staaten;
- kulturelle Annäherung zwischen den drei Staaten;
- Zusammenarbeit der drei Staaten in Bezug auf die Außenpolitik;
- Vereinheitlichung des Rechts in den drei Staaten;
- (mit der Zustimmung der drei Regierungen) jede andere Frage von gemeinsamem Interesse.

Anfang 2019 übernahm Luxemburg die Präsidentschaft der Benelux-Union.

In der Sitzungsperiode 2018-2019 fanden drei Plenarsitzungen des Benelux-Parlaments statt. In der ersten Plenarsitzung vom 11. Januar 2019 wurde das neue Präsidium des Benelux-Parlaments eingesetzt. Unsere Vertreterin im Benelux-Parlament, Frau Patricia Creutz-Vilvoye, wurde als Vizepräsidentin bezeichnet.

Die zwei folgenden Plenarversammlungen verabschiedeten Empfehlungen zu folgenden Themen:

*22. und 23. März 2019:*

- Empfehlung zur Wasserstoffwirtschaft vor dem Hintergrund ihres Potenzials im Rahmen der Energiewende

14. und 15. Juni 2019:

- Empfehlung zur Mobilität der Arbeitskräfte in den Beneluxländern

## CALRE

Die CALRE existiert seit nunmehr 20 Jahren und ist die Konferenz der Präsidenten der regionalen gesetzgebenden Versammlungen in der Europäischen Union. Die CALRE gilt als Sprachrohr der europäischen Regionalparlamente mit Gesetzgebungsbefugnis. Ihr sind insgesamt 74 Regionalparlamente aus 8 Ländern der EU angeschlossen: die Parlamente der Autonomen Gemeinschaften Spaniens, die Italienischen Regionalräte, die Gemeinschafts- und Regionalparlamente Belgiens, die österreichischen und deutschen Länderparlamente, das autonome Parlament der Ålandinseln (Finnland), die regionalen Versammlungen der Azoren und Madeiras (Portugal) sowie die Parlamente von Schottland, Wales und Nordirland (Vereinigtes Königreich).

Am 21. und 22. November 2018 fand die jährliche Plenarsitzung der CALRE im Parlament der Azoren, in Horta, statt. Die Mitglieder der CALRE beugten sich über die Zukunft der CALRE und nahmen an einer Umfrage u. a. mit Bezug zur internen Organisation der CALRE, die seitens der Präsidentschaft eingeleitet wurde, teil.

Zusätzlich bezog die CALRE-Plenarversammlung Stellung zum Abschlussbericht der Task Force Subsidiarität – eine Arbeitsgruppe, die durch die EU-Kommission eingesetzt wurde. Im Rahmen der Arbeiten der CALRE-Arbeitsgruppe „Subsidiarität“ machten die Mitglieder unterschiedliche Anmerkungen zum Abschlussbericht der Task Force. Sie schlugen u. a. vor, für Regionalparlamente die Möglichkeit vorzusehen, ihre Stellungnahmen zur Subsidiarität direkt der EU-Kommission abzugeben und früher in das Gesetzgebungsverfahren einbezogen zu werden.

Die Handlungsfelder der CALRE werden im Vorfeld in den verschiedenen Arbeitsgruppen der CALRE diskutiert. Präsident Alexander Miesen war in fünf Arbeitsgruppen aktiv: in der Arbeitsgruppe „Subsidiarität“, geleitet von Blanca Martín Delgado, Vorsitzende des Regionalparlaments von Extremadura, in der Arbeitsgruppe „Interaktive Demokratie“, aktiv bis November 2018 und geleitet von André Antoine, Vorsitzender des Wallonischen Parlaments, in der Arbeitsgruppe „Strategy for sustainable development of the European Regions“, geleitet von Carolina Darias San Sebastián, Vorsitzende des Regionalparlaments der Kanarischen Inseln, in der Arbeitsgruppe „Language and cultural diversity“, geleitet von Enric Xavier Morera i Català, Vorsitzender des Regionalparlaments von Valencia, in der neu eingesetzten Arbeitsgruppe „Règlementation européenne et investissements publics“, geleitet von André Antoine, Vorsitzender des Wallonischen Parlaments.

Seit dem 1. Januar 2019 hält die Region Umbrien mit der Präsidentin Donatella Porzi den Vorsitz der CALRE.

## DEUTSCH-ÖSTERREICHISCHE KONFERENZ DER LANDTAGSPRÄSIDENTEN

Seit Juni 2017 nimmt der Präsident des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft an der Konferenz der deutsch-österreichischen Konferenz als Beobachter teil. Die Teilnahme bietet die Gelegenheit, mit den Amtskollegen über parlamentarische Themen zu diskutieren, über Best-Practice-Beispiele auszutauschen und gemeinsame Standpunkte zu wichtigen gesellschaftlichen Themen zu verabschieden.

Anfang 2019 trafen sich die deutschen und österreichischen Landtagspräsidenten zu einer Europakonferenz in Brüssel. Wie der Name bereits vermuten lässt, stand diese Konferenz ganz im Zeichen der Frage, wie die regionale Ebene künftig stärker bei der Gestaltung der Europapolitik einbezogen werden kann. Dazu hielten zunächst Karl-Heinz Lambertz, Präsident des Europäischen Ausschusses der Regionen, und Reinhold Bocklet, ehemaliger 1. Vizepräsident des bayerischen Landtags, entsprechende Impulsreferate.



Im Abschluss verabschiedeten die Landtagspräsidenten eine gemeinsame Erklärung zum Abschlussbericht der von der Kommission eingesetzten Task Force „Subsidiarität“ und zur Mitteilung der Europäischen Kommission über die Grundsätze von Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit. Besonders bemerkenswert war in diesem Zusammenhang, dass die Landtagspräsidenten erstmals einen gemeinsamen Aufruf zur Teilnahme an den Europawahlen vom 26. Mai 2019 veröffentlichten.

Auf Einladung der bayerischen Landtagspräsidentin, Ilse Aigner, versammelte sich die deutsch-österreichische Konferenz der Landtagspräsidenten im Juni 2019 zu einer weiteren Tagung in Würzburg. Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft war dieses Mal durch seinen scheidenden Präsidenten Alexander Miesen und Greffier Stephan Thomas vertreten.

In diesem Rahmen wurden verschiedene parlamentarische Themen angesprochen, so beispielsweise die Öffentlichkeitsarbeit der Parlamente und die Nutzung der Social Media. Darüber hinaus nahm die allgemeine Ent-

wicklung der Europäischen Union nach den Wahlen vom 26. Mai 2019 einen bedeutenden Platz in der Tagesordnung ein. In diesem Zusammenhang wurden Handlungsmöglichkeiten der Landesparlamente als Vermittler der europäischen Agenda an die Bürger besprochen, Forderungen der Konferenz an die deutsche EU-Präsident-

schaft im 2. Halbjahr 2020 formuliert und die Situation des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) thematisiert. Schließlich beschäftigte sich die Konferenz auch mit dem Thema "Gleichwertige Lebensverhältnisse und sicher Lebensverhältnisse".

# BÜRGERDIALOG

**In der Plenarsitzung vom 25. Februar 2019 verabschiedete das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretvorschlag zur Einführung eines permanenten Bürgerdialogs in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Damit schafft es die Grundlage für die Einsetzung eines ständigen Verfahrens partizipativer Demokratie. Eine erste Dialogrunde wird für Anfang 2020 erwartet.**



Als Vorlage für die Entscheidung diente ein eigens für die Deutschsprachige Gemeinschaft entwickeltes Modell, das von einer Gruppe belgischer und internationaler Experten ausgearbeitet wurde.

Mit der Initiative werden drei Ziele verfolgt:

- Bürger aktiv beteiligen;
- politische Prozesse nachvollziehbar machen;
- die Unterstützung von öffentlichen Entscheidungen stärken.

Die Sicherung der Beteiligung von Bürgern an der Politikgestaltung erfolgt über verschiedene Gremien und Verfahren: Bürgerversammlungen werden zu bestimmten Themen, die auch von den Bürgern selbst vorgeschlagen werden, Empfehlungen verabschiedet. Anschließend werden sie gemeinsam und auf Augenhöhe mit den Parlamentariern und der Regierung darüber diskutieren, ob und auf welche Weise diese Empfehlungen umgesetzt werden. Am Ende dieses Prozesses soll eine Art „Vereinbarung“ zwischen den Politikern und den Bürgern festhalten, was umgesetzt wird und was nicht.

Durch die Teilnahme an den Bürgerversammlungen erhalten die Bürger einen tieferen Einblick in die Arbeit eines Politikers: Sie werden nachvollziehen können, was es heißt, sich umfassend zu informieren, Argumente auszutauschen und sich schließlich auf einen Text zu einigen.

Die Einbindung der Bürger in den politischen Entscheidungsprozess soll die Legitimation der öffentlichen Be-

schlussfassung steigern und somit letztendlich auch die demokratischen Institutionen stärken.

## Grundpfeiler des Bürgerdialogs

Zum Erreichen der Ziele werden drei Grundsätze beschlossen:

Beständigkeit: Die Bürger werden in regelmäßigen Abständen zu Versammlungen zusammengerufen, um bestimmte Themen zu beraten und dazu Empfehlungen zu verabschieden. Ein Bürgerrat organisiert die Versammlungen und überwacht die Umsetzung.

Repräsentativität: Die am Dialog teilnehmenden Bürger werden per Los ausgewählt. Damit können auch die Bürger eingebunden werden, die sonst wahrscheinlich nie zu Wort gekommen wären. Bei der Auswahl werden zudem bestimmte Kriterien – wie Alter, Geschlecht, geografische Herkunft und sozio-ökonomischer Hintergrund – berücksichtigt, sodass die ausgewählten Bürger einen guten Querschnitt der Bevölkerung bilden. Schließlich gibt es einen kontinuierlichen Wechsel der beteiligten Bürger.

Qualität des Dialogs: Die Bürger werden umfassend vorbereitet, informiert und betreut, damit sie in Kenntnis der Sachlage ihre Empfehlungen formulieren können.

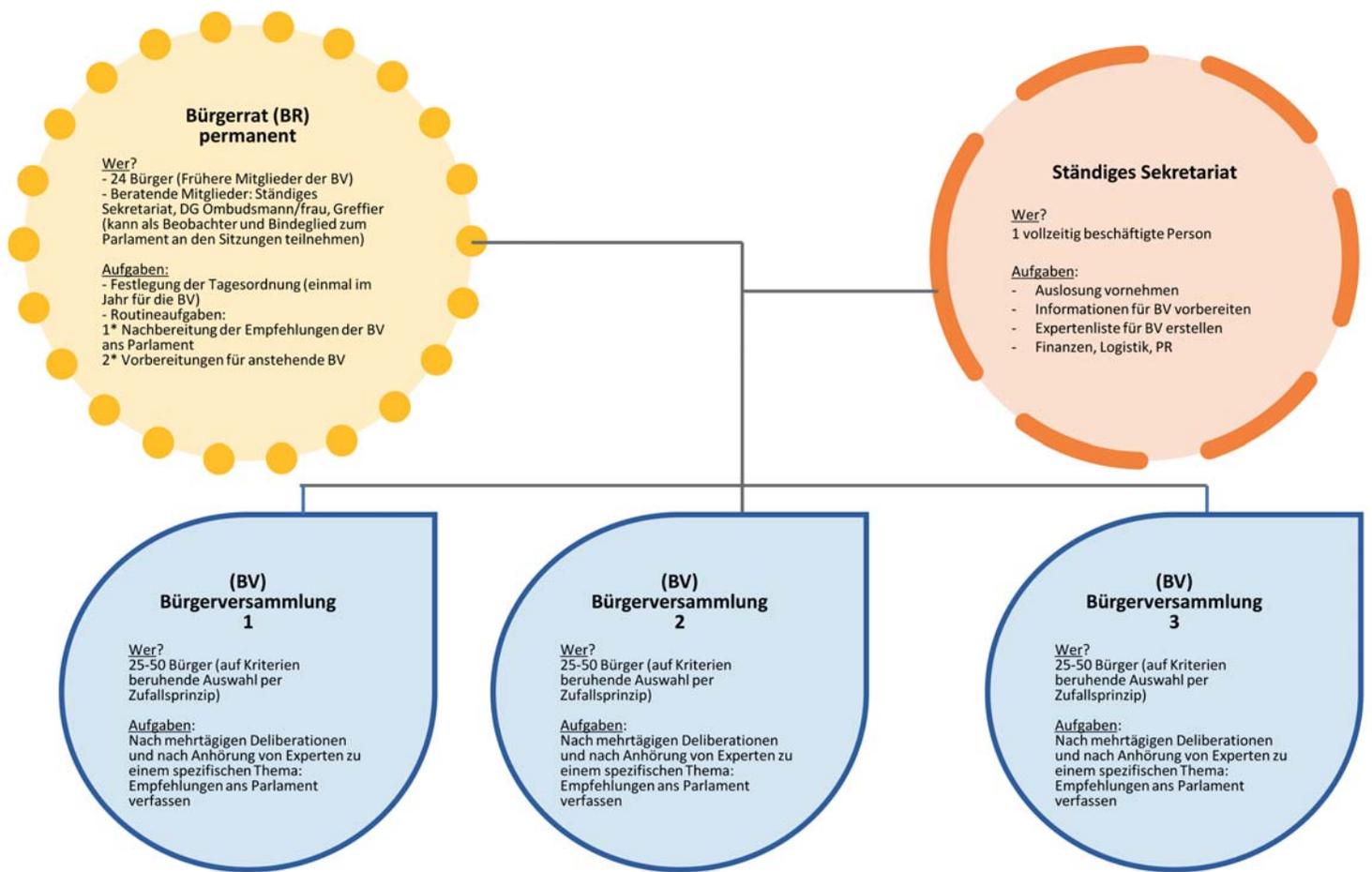
## Die Organisation des Bürgerdialogs

Der Bürgerdialog in der Deutschsprachigen Gemeinschaft baut auf drei Einrichtungen auf:

- auf einem Bürgerrat bestehend aus 24 Bürgern;
- auf Bürgerversammlungen mit 25-50 Mitgliedern;
- auf einem Ständigen Sekretär.

Kernstück des Dialogs ist die Bürgerversammlung. Hier werden die Themen inhaltlich besprochen und die Empfehlungen ausgearbeitet. Bürgerversammlungen wird es ein- bis dreimal pro Jahr geben. Sie bestehen aus 25 bis 50 Bürgern. Die Teilnahme ist freiwillig. Die Teilnehmer werden per Los unter den Bürgern ausgewählt, die mindestens 16 Jahre alt sind und ihren Hauptwohnsitz im deutschen Sprachgebiet haben. Idealerweise stellen sie einen repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung dar. Personen, die bestimmte öffentliche Mandate, Ämter oder Funktionen ausüben, werden ausgeschlossen, um Interessenskonflikte zu vermeiden.

Die Themen werden von einem Bürgerrat, der aus 24 Bürgern besteht, bestimmt. Idealerweise sind es Bürger,



die vorher bereits an Bürgerversammlungen teilgenommen haben. Auch sie werden per Los ausgewählt. Ihre Mandatszeit ist auf 18 Monate beschränkt, alle 6 Monate wird ein Drittel des Bürgerrats ausgetauscht. Der Bürgerrat trifft sich in regelmäßigen Abständen. Seine Rolle ist es, die Bürgerversammlungen vorzubereiten, zu organisieren und nachzubereiten. Darüber hinaus kommt dem Bürgerrat die Aufgabe zu, die durchgeführten Bürgerversammlungen zu evaluieren und daraus Rückschlüsse für künftige Bürgerversammlungen zu ziehen. Schließlich verfolgt der Bürgerrat auch die Umsetzung der Empfehlungen.

Der Bürgerrat wird von einem Ständigen Sekretär unterstützt. Er übernimmt die tägliche Geschäftsführung des Bürgerdialogs. Er bereitet alle Beschlüsse des Bürgerrats und der Bürgerversammlung vor. Dazu gehört insbesondere die Organisation und die Durchführung des Losprozesses, die Anwerbung des Moderators, die Auswahl der Informationen und der Sachverständigen, die Kommunikation nach außen, die Verwaltung des Budgets und die Klärung aller logistischen Aspekte wie Saalreservierung, Catering usw. Der Ständige Sekretär gehört der Parlamentsverwaltung an und wird vom Greffier bezeichnet.

## Ablauf des Bürgerdialogs

Der Bürgerrat legt die Themen des Bürgerdialogs fest. Die Themen sollten in der Regel einen unmittelbaren Bezug zu den Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft aufweisen. Diese Einschränkung ist wichtig, da sowohl die Bürger als auch die Politiker ein Interesse daran haben, dass die Empfehlungen der Bürgerversammlung auch tatsächlich umgesetzt werden können. Themen, die sich nicht auf die Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft beziehen, können nur dann behandelt werden, wenn sie ein außerordentlich hohes gesellschaftliches Interesse hervorrufen.

Der Bürgerrat kann auf Themenvorschläge zurückgreifen, die ihm von seinen eigenen Mitgliedern vorgelegt werden. Auch die Parlamentsfraktionen und die Regierung können

Vorschläge formulieren. Um deren Einfluss zu beschränken, ist die Anzahl jedoch auf maximal drei pro Kalenderjahr begrenzt. Schließlich können auch die ostbelgischen Bürger Vorschläge unterbreiten. Um eine gewisse Repräsentativität zu garantieren, müssen diese Vorschläge von mindestens 100 Bürgern unterstützt wer-

den. Letztendlich entscheidet der Bürgerrat aber vollkommen frei über die Themen, die der Bürgerversammlung vorgelegt werden.

Sobald das Thema festgelegt ist, wird die Bürgerversammlung einberufen. Die Bürger werden schätzungsweise 2-3 Tage für die Beratung des vorgelegten Themas benötigen.

Um in Kenntnis der Sachlage entscheiden zu können, werden ein Informationspaket zusammengestellt, Experten und Interessenvertreter angehört und intensiv darüber diskutiert. Das Ganze wird von einem kompetenten Moderator begleitet und betreut. Am Ende verabschiedet die Bürgerversammlung eine Reihe von Empfehlungen, idealerweise im Konsens.

Den Empfehlungen sollen Taten folgen. Da das Parlament und die Regierung dafür in erster Linie die Verantwortung tragen, sieht das Verfahren einen offenen Austausch zwischen den Bürgern und den Politikern vor. Zunächst werden die Empfehlungen im Rahmen einer öffentlichen Ausschusssitzung vorgestellt und gemeinsam debattiert. Anschließend versammeln sich die Ausschussmitglieder und die zuständigen Minister, um eine Stellungnahme zu den Empfehlungen auszuarbeiten. Darin wird beschrieben, ob und auf welche Weise die Empfehlungen umgesetzt werden. Kommen die politischen Vertreter zu dem Schluss, dass eine Empfehlung nicht umgesetzt wird, muss dies ausdrücklich begründet werden. Abschließend treffen sich die Bürger und die Politiker erneut, um über die Stellungnahme zu diskutieren.

Damit ist der Bürgerdialog noch nicht gänzlich abgeschlossen. Der Bürgerrat verfolgt die Umsetzung der Empfehlungen. Innerhalb eines Jahres findet zudem nochmals eine öffentliche Ausschusssitzung statt, bei der in Anwesenheit der Teilnehmer der Bürgerversammlung über die Umsetzung der Empfehlungen berichtet wird. Weitere Sitzungen können bei Bedarf einberufen werden.

## ANLAGE 1

# PARLAMENT IN ZAHLEN

Abgeordnete: 25  
Beratende Mandatare: 8  
Regierungsmitglieder: 4

Jahreshaushalt 2019 des Parlaments: 7,168 Mio. Euro  
Anzahl Mitarbeiter: 42

Plenarsitzungen: 12  
Ausschusssitzungen: 119  
Gemeinsame Sitzungen aller Ausschüsse: 7

Entscheidungen: 55

Regeldekrete: 11  
Haushaltsdekrete: 5  
Zustimmungsdekrete: 25  
Resolutionen: 6  
Beschlüsse: 8

Regierungskontrolle

Interpellationen: 9  
Mündliche Fragen: 80  
Schriftliche Fragen: 55  
Begründete Anträge: 2  
Themendebatten: 0

## IMPRESSUM

Verantwortlicher  
Herausgeber: Stephan Thomas, Greffier  
Konzept  
und Redaktion: Dienst für Öffentlichkeitsarbeit  
Gestaltung: Freddy Betsch  
Fotos: Parlament  
Druck: Parlament  
der Deutschsprachigen Gemeinschaft  
Erscheinungsdatum Oktober 2019  
© Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft

## ANLAGE 2

# 100 JAHRE OSTBELGIEN



**Redebeiträge anlässlich des Festakts vom 18. Januar 2019 zur Eröffnung der Feierlichkeiten in Bezug auf die 100-jährige Zugehörigkeit des deutschsprachigen Gebietes zum Königreich Belgien**

**im Beisein Seiner Majestät König Philippe**

### **Ansprache des Parlamentspräsidenten, Alexander Miesen**

Sire,  
Exzellenzen,  
Werte Kolleginnen und Kollegen,  
Werte Bürger Ostbelgiens,  
Meine sehr geehrten Damen und Herren,

am 18. Januar 1919 begannen nach dem Waffenstillstand des ersten Weltkriegs die Friedensverhandlungen, die u. a. dazu geführt haben, dass die damaligen Kreise Eupen-Malmedy und Neutral-Moresnet Belgien zugesprochen wurden. Auf den Tag genau 100 Jahre später finden wir uns heute im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens ein, um an dieses Ereignis zu erinnern und um den Auftakt in eine Veranstaltungsreihe zu 100 Jahre Ostbelgien zu begeben.

Diese 100 Jahre sind in Teilen eine sehr schwierige und in anderen Teilen aber auch eine sehr glückliche Geschichte. 100 Jahre Ostbelgien, das bedeutet etwa Krieg und Zerstörung, mehrere Nationalitätswechsel, eine

Volksbefragung, die keine war, die Bedrohung der eigenen Kultur und Sprache, eine angebliche Befreiung durch Nazideutschland, Zwangssoldaten, eine sogenannte Säuberung und ein Identitätskonflikt. 100 Jahre Ostbelgien, das sind aber auch Frieden und Wohlstand, Aufbruch in das Bewusstsein zur eigenen Kultur, eine weitgehende Gleichstellung mit Flamen und Frankophonen, ein weitreichendes Autonomiestatut mit eigenem Parlament und eigener Regierung und die große Errungenschaft zur Anerkennung der deutschen Sprache in Belgien.

In diesen 100 Jahren haben die Bürger unserer Region erfahren, wie es ist, wenn das eigene Schicksal von ferneren Mächten über die Köpfe der Menschen hinweg bestimmt wird, oder aber wie es ist, wenn das eigene Schicksal dank Autonomie und Anerkennung der eigenen Kultur von den Menschen selbst mitbestimmt werden kann.

Die Anerkennung unserer Kultur und Sprache, die Gleichberechtigung mit Flamen und Frankophonen und die Selbstbestimmung dank der Autonomie sind das Ergebnis des vorbildlichen Umgangs des belgischen Staates mit seiner deutschsprachigen Minderheit im Rahmen der Föderalisierung Belgiens. Auch wenn wir noch gerne die ein oder andere Verbesserung unseres Statuts in Belgien erreichen würden, vor allem die garantierte Vertretung in der Kammer, die Übernahme aller Regionalzuständigkeiten und eine in der Praxis deutlich bessere und korrektere Anwendung der Gesetzgebung zum Gebrauch der deutschen Sprache, möchte ich hier ausdrücklich unterstreichen, dass wir für unsere heutige Situation im belgischen Bundesstaat und übrigens auch in der EU größte Dankbarkeit verspüren. Die Versöhnung Ostbelgiens mit der eigenen Geschichte hat ganz wesentlich damit zu tun, dass es für uns Deutschsprachige in Belgien dank Autonomie möglich ist, gemäß unseren sozio-ökonomischen, geschichtlichen und geographischen Besonderheiten zu leben. Diese Versöhnung hat nicht zuletzt mit unserer sprachlich-kulturellen Emanzipation zu tun. Sie hat damit zu tun, dass wir aus einer fremdbestimmten zu einer in großen Teilen selbstbestimmten Region innerhalb eines friedlichen Europas wurden.

Es ist uns daher eine Ehre und eine Freude zugleich, dass der belgische Staat heute durch S.M. König Philippe vertreten ist. Sire, herzlich willkommen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, hartelijk welkom in Ostbelgien, bienvenue chez vous.

Ein herzliches Willkommen gilt aber auch den Vertretern aus der belgischen Politik, der Justiz, dem Verwaltungswesen und der Kirche, die allesamt nicht nur unsere Partner, sondern auch unsere Freunde sind. Sie werden Verständnis dafür haben, dass ich diese hochrangigen Gäste nicht alle einzeln begrüßen kann. Stellvertretend für Sie alle möchte ich deshalb an dieser Stelle lediglich den ersten Präsidenten des Staatsrats, den Generalauditor des Staatsrats, den Minister der Wallonischen Region Pierre-Yves Jeholet, den Provinzgouverneur Hervé Jamar sowie den Lütticher Bischof Jean-Pierre Delville ausdrücklich begrüßen.

Da die Zusammenarbeit ein wichtiges Element in der Ausgestaltung ihrer Autonomie darstellt, hat die Deutschsprachige Gemeinschaft vielfältige, enge internationale Kontakte geknüpft. Es freut mich daher umso mehr, dass so zahlreiche Partner aus dem Ausland den Weg in unser Parlament gefunden haben. Ich heiße Sie alle herzlich willkommen und möchte auch hier stellvertretend nur einige Gäste begrüßen: So bereitet es mir eine besondere Freude, den neu gewählten Präsidenten der luxemburgischen Abgeordnetenversammlung, Fernand Etgen, die Parlamentspräsidentin der Åland-Inseln in Finnland, Gun-Mari Lindholm, den nordrhein-westfälischen Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales, Dr. Stephan Holthoff-Pförtner, sowie die Botschafterin Frankreichs in Belgien, Frau Claude-France Arnould, zu begrüßen. Durch Ihre Anwesenheit wird die europäische Dimension Ostbelgiens in besonderer Weise unterstrichen und wer die Geschichte Ostbelgiens kennt und begriffen hat, weiß, dass die Europäische Union für uns ein Glücksfall ist.

Mir ist zudem bewusst, dass die Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft in wesentlichen Teilen auch die Geschichte der frankophonen Nachbargemeinden Malmedy und Weismes ist. Ich freue mich daher, dass neben den Bürgermeister der deutschsprachigen Gemeinden heute auch Vertreter unserer Nachbargemeinden anwesend sind. Herzlich willkommen an Sie alle.

Last but not least möchte ich auch die Bürger begrüßen, die draußen und live in den sozialen Medien diesen Festakt mitverfolgen. Tatsächlich sollten wir als politische Verantwortungsträger immer im Blick haben, dass bei allen Autonomiebestrebungen und jedem politischen Handeln immer das Wohl unserer Bürger im Mittelpunkt stehen muss.

Sire,  
Sehr geehrte Damen und Herren,

100 Jahre Ostbelgien, das ist für uns ein Grund zu feiern. Wer die Ostbelgier kennt, der weiß, dass er sich bei uns auf eines immer und überall verlassen, nämlich darauf, dass wir etwas davon verstehen, Feste zu feiern. 100 Jahre Ostbelgien ist dazu ein besonderer Anlass, denn heute sind wir stolz, Belgier zu sein, deutschsprachige Belgier zu sein, und genau dies möchten wir auch bitte bleiben.

## **Ansprache des Ministerpräsidenten, Oliver Paasch**

Sire,

nach leidvollen Kriegen und Staatenwechseln gibt Belgien uns heute ein sicheres Zuhause.

Ein Zuhause, in dem wir uns wohl fühlen, in dem wir uns frei entfalten und unsere Identität leben können.

Eine Identität, die durch unterschiedliche kulturelle Einflüsse geprägt wurde.

À l'intersection de deux grands espaces culturels européens, nous sommes devenus ce que nous sommes aujourd'hui : des hommes et des femmes, qui parlent plusieurs langues, qui défendent l'Europe, sa diversité et ses valeurs ;

Des hommes et des femmes, qui sont réputés pour leur application, leur discipline, et leur travail de qualité. Et en même temps – des hommes et des femmes, qui savent fêter, s'amuser et profiter de la vie.

Mit der offiziellen Anerkennung der deutschen Sprache in Belgien und dem beständigen Ausbau unserer Autonomie haben wir heute einen Status erreicht, um den uns viele andere Regionen in Europa beneiden. Erst gestern noch haben wir darüber hier in diesem Saal mit Partnerregionen aus anderen Ländern ausgetauscht.

Mit 77.185 Einwohnern sind wir eine kleine Minderheit in unserem Land. Trotzdem hat Belgien uns zu einem gleichberechtigten Gliedstaat gemacht.

Met onze autonomie hebben wij veel mogelijkheden gekregen om onze gemeenschap vorm te geven. Zo kunnen wij diensten op maat van de Duitstalige Belgen uitwerken en ons lot gedeeltelijk zelf in de hand nemen. Die autonomie is geen doel op zich. Ze is bedoeld om meerwaarde te scheppen voor de mensen die hier leven.

Eine dynamische Wirtschaft, eine niedrige Arbeitslosigkeit, 70 gut unterhaltene Schulen, gute PISA-Ergebnisse, 2 modern ausgestattete regionale Kulturzentren, 4 Schwimmbäder, ein äußerst aktives Vereinsleben, hunderte öffentliche Dienstleistungen in deutscher Sprache, 2 Krankenhäuser, eine eigene Hochschule, eine eigene Musikakademie demnächst 862 Alten- und Pflegeheimplätze, ein eigenes Zentrum für Regionalgeschichte, ein überdurchschnittlich hohes und solidarisches ehrenamtliches Engagement, ...

All das und noch viel mehr haben die Menschen hier aufgebaut. Sicherlich kann und muss noch Vieles verbessert werden. Fest steht aber, dass es sich heute in Ostbelgien vergleichsweise gut leben lässt. Die übergroße Mehrheit unserer Einwohner lebt gerne in Ostbelgien. Viele sind stolz auf ihre Heimat. Und 97 % unserer Einwohner fühlen sich mit ihrem Land Belgien eng verbunden. Ja, wir Deutschsprachige sind unserem Land sehr dankbar. Anderswo wären wir womöglich nur ein kleiner Teil eines

kleinen Kreises ohne Gesetzgebungsbefugnis. Hier gehören wir zu den bestgeschützten Minderheiten der Welt.

Umgekehrt wollen wir, überall da, wo das möglich ist, unserem Land auch etwas zurückzugeben. Einerseits indem wir uns bemühen, best practise Modelle bei der Ausgestaltung unserer Zuständigkeitsbereiche zu erarbeiten. Unsere Baremenreform im Unterrichtswesen beispielsweise, unser Modell der dualen Ausbildung, unser Konzept einer netzübergreifenden Zusammenlegung von Hochschulen oder auch Teile unserer Inklusionspolitik wurden im Landesinnern als inspirierende Vorbilder bezeichnet und teilweise übernommen.

Andererseits möchten wir unserem Land etwas zurückgeben, indem wir uns bemühen, unsere interkulturellen Kompetenzen und unsere besonderen Beziehungen zum deutschsprachigen Europa gewinnbringend für unser Land einzusetzen.

Wir freuen uns darüber, dass es in der Vergangenheit immer wieder gelungen ist, unseren innerbelgischen Freunden Türen zu öffnen. Vor wenigen Monaten durften wir beispielsweise mit dem wallonischen Ministerpräsidenten Willy Borsus im deutschen Bundesrat zu Gast sein. Anfang Februar werden wir mit dem flämischen Ministerpräsidenten Geert Bourgeois in Hamburg Termine wahrnehmen, die wir für Flandern vermitteln konnten.

Wir sind uns unserer Kleinheit und unseres begrenzten Einflusses sehr bewusst. Wir bleiben bescheiden. Aber diese Brückenfunktion, die können und die wollen wir nutzen, um unserem Königreich zu dienen. Und wir sind dankbar dafür, Sire, dass Sie diese Brückenfunktion immer unterstützt haben und uns sehr konkret dabei helfen, sie wahrzunehmen. So haben Sie beispielsweise vor 2,5 Jahren das Gipfeltreffen der deutschsprachigen

Staatsoberhäupter hier in Eupen organisiert. Dadurch konnten wir sowohl unsere Bekanntheit als auch unser Netzwerk deutlich verbessern.

Wir sind Ihnen dankbar, Sire, dass Sie uns Deutschsprachige bei allem, was Sie tun, gleichberechtigt berücksichtigen, anerkennen und wertschätzen.

Beim Respekt der deutschen Sprache in belgischen Behörden gibt es zweifelsohne noch erheblichen Verbesserungsbedarf. Aber Sie, Sire, Sie legen immer großen Wert darauf, in Ihren Reden die deutsche Sprache zu verwenden. Und Sie legen Wert darauf, dass die Deutschsprachigen bei all Ihren Staatsbesuchen im Ausland vertreten sind. Das stärkt unsere Position im In- und im Ausland nachhaltig. Sie tun das, weil Sie im Ausland für die kulturelle Vielfalt unseres Landes werben wollen. Diese kulturelle Vielfalt, Sire, macht in der Tat den Reichtum unseres Landes aus.

Deshalb müssen wir in Belgien auch unbedingt aufhören, in unseren Sprachgrenzen Hindernisse zu sehen! Wir sollten sie vielmehr als Chance begreifen! Als Chance interkulturell zusammenzuarbeiten und voneinander zu lernen; als Chance unterschiedliche Sprachen und Kulturen unter einem gemeinsamen Dach zu vereinen.

Wenn uns das gelingt, dann können wir unsere Unterschiedlichkeit zu unserer Stärke machen.

Daran sollten wir in Zukunft alle gemeinsam arbeiten.

Sire, meine sehr verehrten Damen und Herren,

100 Jahre nach dem Beginn der Pariser Friedenskonferenz gibt es für uns Ostbelgier viele Gründe, optimistisch und selbstbewusst in die Zukunft zu schauen.

Wer hätte das vor 100 Jahren gedacht?

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!





Platz des Parlaments 1  
B-4700 EUPEN

T +32 (0)87/31 84 00

F +32 (0)87/31 84 01

info@pdg.be

[www.pdg.be](http://www.pdg.be)